

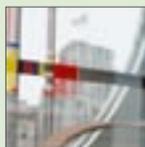


Europa

und der Deutsche Bundestag



Mitmachen
Fünf junge Leute
erobern Europa



Streiten
Hat Europa
Grenzen?



Global
Wie Nicht-Europäer
Europa sehen

GLAS KLAR

Editorial
1 | Der Bundestag und Europa
Sonnenseiten – unendliche Weiten?

Eine Frage
2–3 | Schöne Aussichten
Was ist wichtig für Europas Zukunft?



Galerie

Galerie
4–9 | Europa in Aktion

mit machen

Mitmachen
10–16 | Spring auf die Europawelle
Sarah, Georg, Annette, Leonie und Anika erobern ihren Kontinent

17 | INFO Bereit für Europa?
Angebote und Projekte zum Mitmachen



informieren

Informieren
18–19 | Ungleiche Zwillinge
Der Bundestag und das Europäische Parlament im Vergleich

20–21 | Der lange Weg zum Glück
Wie entstehen Gesetze für Europa?

Erzählen

Erzählen
22–27 | Europa mon amour
Fünf Abgeordnete erzählen ihre Europastory

28–29 | INFO Europas Weg zur Demokratie
Stationen der europäischen Geschichte



STREITEN

Streiten
30–34 | Hat Europa Grenzen?
Drei Länder, drei Menschen: das Glasklar-Gespräch

35 | INFO Willkommen im Club!
Beitrittsländer und Bewerber für eine EU-Mitgliedschaft

Global

Global
36–39 | Mit den Augen der anderen
Wie Menschen von anderen Kontinenten Europa sehen



GLAS KLAR

Glasklar
40 | Informationen und Angebote
Der Bundestag und Europa

GLAS KLAR



Europa und der Bundestag
Sonnenseiten – unendliche Weiten?

Sie wächst und wächst. Ihre Grenzen werden ständig neu gesteckt, die Karten neu gemischt. Die Europäische Union hat schon wieder zwei neue Mitglieder hinzugewonnen, Bulgarien und Rumänien. 27 europäische Länder gehören jetzt dazu, und weitere warten darauf, in die Staatengemeinschaft aufgenommen zu werden. Doch was bedeutet das eigentlich, zu Europa zu gehören? Einfach ein Aktenstapel mehr im Europäischen Parlament? Bedeutet es Kulturaustausch und grenzenloses Abenteuer? In dieser Ausgabe hat sich Glasklar in Europa umgeschaut und junge Europäer und Politiker gefragt, was sie über Europa denken, wie sie Europa gestalten und welche Hoffnungen und Träume sie mit Europa verbinden.

Glasklar hat junge Menschen getroffen, die auf die Europawelle aufgesprungen sind: zum Beispiel als Dokumentarfilmer, Umweltreporter, Austauschschüler, im Praktikum und im Europäischen Jugendparlament. Europa ist en vogue.

Für die Abgeordneten des Bundestages gehört Europa zur täglichen Arbeit. Und für einige ist es mehr als nur eine Arbeitsbeziehung. Fünf Abgeordnete berichten, wie sie im Bundestag Europapolitik machen und verraten Details aus ihrem ganz persönlichen Europa-Intermezzo.

Wie europäisch ist die Jugend von heute? Was denkt sie über Europa und wo sieht sie seine Grenzen? Drei junge Leute aus drei EU-Ländern haben sich für Glasklar zusammengesetzt und Europa nach ihren eigenen Richtlinien vermessen. Apropos Richtlinie: Was hat ein EU-Gesetz mit einer Liebesgeschichte zwischen einem deutschen Bühnenbildner und einer Studentin aus den Niederlanden zu tun? Glasklar zeigt, dass EU-Gesetze viel näher am Leben dran sind, als man denkt. Dafür legt so ein Gesetz von der Konsultation bis zur Verkündung einen Marathon zurück. Ein langer Weg mit Happy End.

Außerdem haben die Glasklarreporter einen Blick über den Tellerrand gewagt und junge Leute aus der ganzen Welt nach ihrem Bild von Europa befragt. Faris aus Syrien, zum Beispiel, der sich wundert, dass man sich in europäischen Cafés nicht zu anderen an den Tisch setzt. Oder Caitlin aus Michigan, die das Image von Amerikanern hier in Deutschland aufpolieren möchte. Celine aus Liberia erzählt von ihrem Traum, Anwältin in Europa zu werden und der Armut in ihrem Heimatland zu entfliehen. Und Zhu aus China war überrascht, dass sich die Niederlande und China in manchen Dingen ähnlicher sind als Berlin und Bern.



Ein grenzenloses Lesevergnügen wünschen

Dina Maik

Eure Nina und euer Maik vom Glasklar-Team



Schöne Aussichten

GLAS KLAR

Etwas ist anders als sonst im Europasaal des Bundestages. Die vielen Journalisten kennt man ja, und einige Politikerinnen und Politiker sind auch zu sehen. Aber die großen Lettern vor dem Panoramafenster, die sind sonst nicht da: „Europa neu sehen“ steht dort, und genau darum geht es heute hier. „Europa neu sehen“ heißt das Dialogforum, zu dem Bundestagspräsident Norbert Lammert und sein Amtskollege vom Europäischen Parlament 115 Schülerinnen und Schüler

aus Berliner Europaschulen eingeladen haben, aus Anlass der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007. Sie sind an diesem Dienstag im vergangenen Dezember in den Bundestag gekommen, um mit dem Präsidenten und den Fraktionsvorsitzenden des Europäischen Parlaments ein paar Dinge zu bereden. Und zwar zum Thema Europa.

Da passt es gut, dass die zweistündige Diskussion vom Fernsehsender

Phoenix aufgezeichnet wird. Der gleichnamige Vogel aus der griechischen Sagenwelt ist ja bekannt dafür, immer wieder neu „aus der Asche“ zu entstehen. „Europa neu sehen“ – das heißt neue Ideen entwickeln, Anstöße geben, gemeinsame Wege finden. Die Teilnehmer haben ihre Themen selbst ausgewählt und viele Fragen mitgebracht: Natürlich geht es um die Chancen für die Europäische Verfassung. Geht die europäische Integration voran? Wie bringen wir Ökonomie und Soziales ins Gleichgewicht? Und warum hat Bildung nicht Priorität im EU-Haushalt? Europas Zukunft ist angebrochen.



Nur eine Frage:
Was ist wichtig für Europas Zukunft?



Marie-Noelle Suffer, 18 Jahre

„Ein großes Problem mit Europa ist, dass zu viel auf die Wirtschaft geachtet und das Soziale vernachlässigt wird. Im Bereich der Bildungspolitik muss zukünftig noch mehr getan werden.“

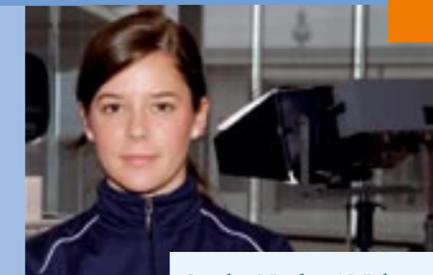
Andrea Denecke, 19 Jahre

„Gut fände ich es, wenn die neuen Beitrittsländer erst mal wirtschaftlich angepasst würden, bevor weitere Beitrittsverhandlungen stattfinden. Es ist schwierig, alles auf einmal zu machen.“



Adrienne Birbaum, 20 Jahre

„Ich glaube, dass es wichtig ist, dass Europa einen noch stärkeren Kern bildet, damit es seine Interessen vor dem Rest der Welt besser vertreten kann.“



Sandra Naake, 18 Jahre

„Die Europäische Union sollte bald klare Aussagen und Entscheidungen in Bezug auf den Beitritt der Türkei treffen.“



Christian de Filippo, 18 Jahre

„Die EU muss sich verstärkt für die Bekämpfung der Folgen des Klimawandels einsetzen. Wenn man jetzt nicht etwas dagegen tut, wird es irgendwann zu spät sein, auch für unsere Kinder und Enkelkinder.“



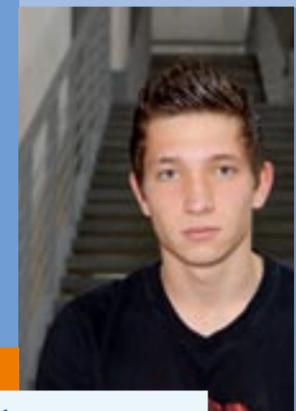
Marvin Meißner, 19 Jahre

„Ich erhoffe mir für die EU, dass sie vor allem in außenpolitischen Fragen mehr Einigkeit zeigt und dass schneller gehandelt werden kann.“



Chantal Rekowski, 19 Jahre

„Von der Europäischen Union wünsche ich mir, dass im Bereich der Umweltpolitik in Bezug auf die CO₂-Emissionen und die Atomkraft mehr beschlossen wird und sich die Politiker darauf einigen, welche der erneuerbaren Energiequellen besonders gefördert werden sollen.“



Sebastian Sommer, 17 Jahre

„Ich hoffe auf jeden Fall, dass die EU-Verfassung durchkommt und dass Europa dadurch einiger wird. Aber ich hoffe auch, dass die Länder ihre Eigenheiten behalten.“

Zug um Zug

Azubis der Deutschen Bahn

EUROPA

verbinden

Großer Bahnhof

Auszubildende der Deutschen Bahn AG haben im Rahmen des Projekts „Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt“ und für ein tolerantes Miteinander in Europa eine Lokomotive der Baureihe 101 nach ihren Vorstellungen gestaltet. Im Dezember 2006 wurde das jährlich stattfindende Bahnprojekt mit einem Sonderpreis der Initiative „Freiheit und Verantwortung“ ausgezeichnet.





Ja oder Nein?

Der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei gingen heftige Debatten voraus. Hier halten Abgeordnete im Europäischen Parlament bei der entscheidenden Abstimmung Plakate mit ihrem Votum in die Höhe. 407 Parlamentarier stimmten 2004 für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen, 29 enthielten sich, 262 waren dagegen – und stimmten mit Nein oder „Nee“ wie der niederländische Abgeordnete am unteren Bildrand.

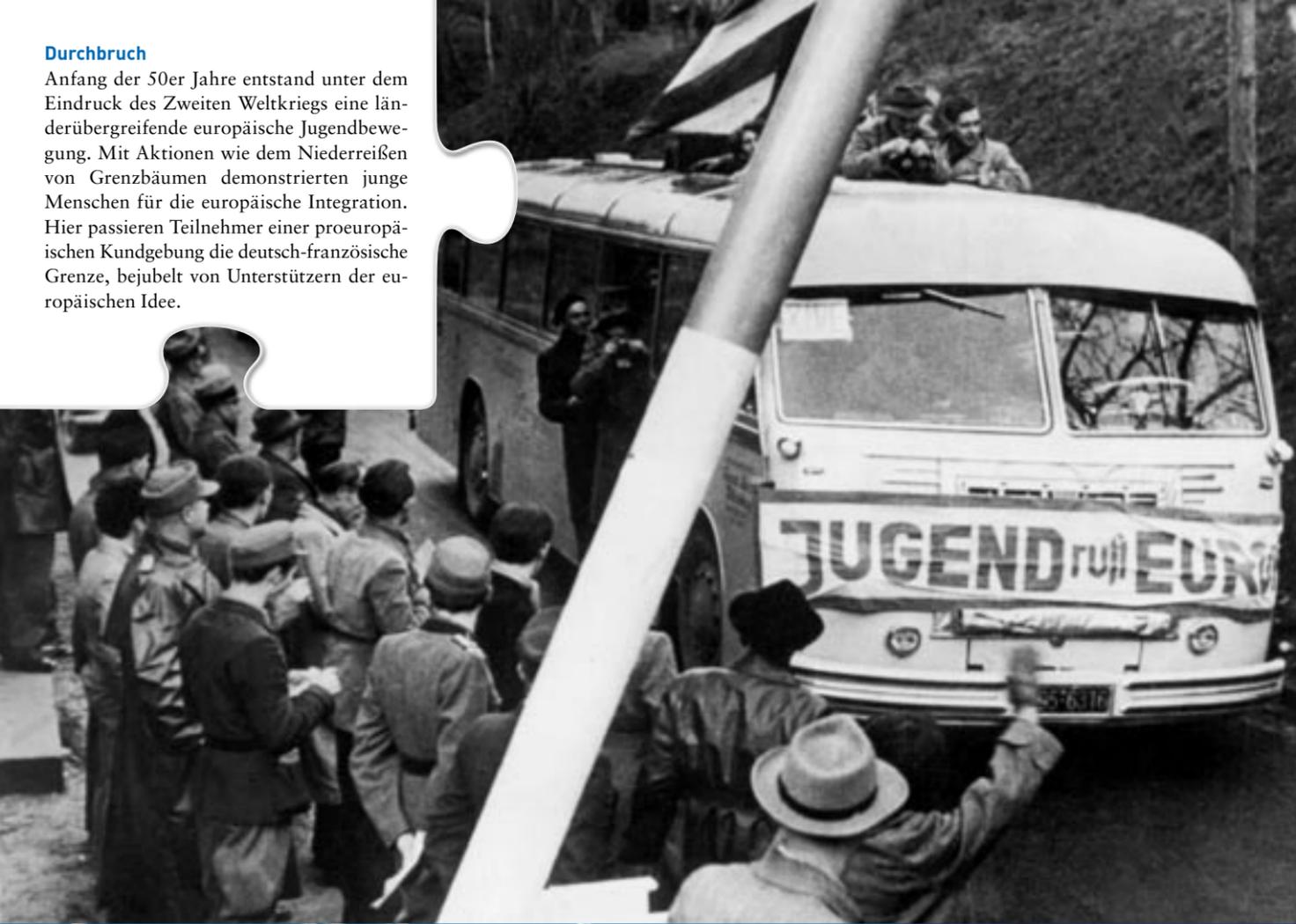
Flagge spraysen

Ein junger Albaner gestaltet eine Mauer in der albanischen Hauptstadt Tirana mit Flaggen europäischer Länder. Anlass ist die Feier des Europatages, der jedes Jahr am 9. Mai stattfindet. Nach dem Sturz des kommunistischen Regimes 1990 gab es in Albanien 1991 die ersten freien Wahlen. Die Europäische Union hat das Land als möglichen Beitrittskandidaten benannt.



Durchbruch

Anfang der 50er Jahre entstand unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs eine länderübergreifende europäische Jugendbewegung. Mit Aktionen wie dem Niederreißen von Grenzbäumen demonstrierten junge Menschen für die europäische Integration. Hier passieren Teilnehmer einer proeuropäischen Kundgebung die deutsch-französische Grenze, bejubelt von Unterstützern der europäischen Idee.



NORMAL SIBIU

tânăr din 1197.

Hoch-Kultur

Das rumänische Sibiu, zu Deutsch Hermannstadt, ist die europäische Kulturhauptstadt 2007. Ein Kletterer bringt aus diesem Anlass ein Riesenposter an einer Hauswand an. Hermannstadt liegt in Transsylvanien, der Heimat des Grafen Dracula. Europäische Unternehmen und Partner gruselt das nicht: Die Stadt boomt, die Arbeitslosenquote liegt mit 5 bis 6 Prozent unter dem rumänischen Schnitt.



Blaue Stunde

Bulgarien ist wie auch Rumänien am 1. Januar 2007 der Europäischen Union beigetreten. Bei den Feierlichkeiten in der bulgarischen Hauptstadt Sofia fügt der bulgarische Premierminister Sergej Stanschew Bulgarien auf der Europakarte ein. Gefeierte der Beitritt in beiden Ländern von vielen tausend Menschen mit Feuerwerk, Tanz und Straßenpartys.



Guter Rat

Bundeskanzlerin Angela Merkel ist im ersten Halbjahr 2007 Ratspräsidentin der EU, denn in diesem Zeitraum hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft inne. Hier besucht die Kanzlerin beim Europa-Projekttag im Januar 2007 ein Berliner Gymnasium. Die Schülerinnen und Schüler ergreifen die Gelegenheit, eine Kanzlerin und eine EU-Ratspräsidentin auf ein einziges Foto zu bekommen.



Spring auf die Europawelle

Wie sich fünf junge Menschen
ihren Kontinent erobern

Europa ist weit weg? Von wegen. Europa ist überall, wo wir leben: in der Schule, an der Uni, im Job. Europäische Gesetze regeln viele Bereiche unseres Lebens, Euromünzen klimpern in unseren Geldbörsen. Aber Europa ist mehr. Es kann all das sein, was du daraus machst. Mit offenen Grenzen von Portugal bis Rumänien gibt es tausend Möglichkeiten. Ob als Umweltreporter oder Dokumentarfilmerin, beim Praktikum, im Schulaustausch oder beim Europäischen Jugendparlament. Sarah, Georg, Annette, Leonie und Anika sind auf die Europawelle aufgesprungen. Fünf Abgeordnete des Bundestages surfen mit und sagen aus ihrer Sicht, was Europa bedeutet: Bei Demokratie, Umwelt, Arbeit, Schule und Kultur.

Text: Sandra Schmid



Internationale Sitzung des Europäischen Jugendparlaments in Paris 2006 (links). 2007 ist Sarah in Potsdam mit dabei.



Umweltreporter bei der Arbeit: Georg hat in einer slowakischen Fabrik recherchiert und darüber geschrieben.



mit
mach
en

U
M
W
E
L
T
R
E
P
O
R
T
E
R

Bücher, Manuskripte, überall kleine Notizzettel – der Blick auf den Schreibtisch zeigt es: Sarah Mania ist im Abiturstress. In wenigen Tagen beginnen die schriftlichen Prüfungen, und es gibt noch viel zu tun für die 19-jährige Schülerin. So viel, dass ihr kaum noch Zeit bleibt für das, was ihr gerade besonders wichtig ist: das Europäische Jugendparlament.

Seit etwa eineinhalb Jahren haben Sarah und ihre sieben Mitstreiter aus der 13. Klasse des Hamburger Grootmoor-Gymnasiums nämlich nur ein Ziel: bei der diesjährigen Internationalen Sitzung des Europäischen Jugendparlaments in Potsdam dabei zu sein und sich mit mehr als 200 anderen Jugendlichen aus 35 Ländern um die besten Ideen für die europäische Politik zu messen. Ob Agrarreformen, Zuwanderungspolitik oder der EU-Beitritt der Türkei – alles, was Europa bewegt, wird beim Europäischen Jugendparlament zum Diskussionsstoff. So wie im richtigen Europäischen Parlament geht es auch für die 16- bis 19-jährigen Delegierten darum, Lösungen für gesell-

schaftliche Fragen zu finden. Streit gehört dazu, ebenso wie Kompromissbereitschaft. „Mir gefällt es, zu diskutieren, um Argumente zu ringen und trotz aller Gegensätze doch zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen“, sagt Sarah.

Die Lust an der Auseinandersetzung war schon immer da. Bereits mit zwölf Jahren wurde Sarah Mitglied im Jugendparlament ihres Stadtteils: „Ich habe wohl schon damals nach etwas gesucht, wo ich mich gesellschaftlich engagieren kann“, sagt sie. „Natürlich ging es da noch um relativ unbedeutende Dinge, wie etwa eine Kletterwand.“ Aber als diese genehmigt wurde, war das für Sarah ein Schlüsselerlebnis: „Ich habe es genossen, etwas bewegen zu können.“ Das ist so geliebt. Als Sarahs Lehrer zu Beginn des 12. Schuljahres fragte, wer Lust hätte, sich für das Europäische Jugendparlament zu bewerben, war sie sofort dabei. „Europa ist die Zukunft. Ich wollte einfach mehr darüber wissen“, erklärt sie. Doch neben politischem Interesse waren auch gute Englisch- und Französischkennt-

nisse gefragt. Der Grund: Alle Resolutionen, die die Delegierten im Europäischen Jugendparlament zu einem Thema verfassen, sind in englischer und französischer Sprache – keine Debatte, nicht einmal bei der nationalen Sitzung, wird auf Deutsch geführt.

Die Bewerbung für die Teilnahme beim Europäischen Jugendparlament bedeutete also viel Arbeit. Schließlich mussten Sarah und ihr Team eine Resolution zu einem Thema verfassen, über das sich in Europa auch die Politiker den Kopf zerbrechen: Wie man den Bürgern Europa näherbringen kann. Ihre Ideen waren überzeugend. Im Mai 2006 reisten Sarah und die anderen für eine Woche nach Berlin, wo im Abgeordnetenhaus das Europäische Jugendparlament zu seiner nationalen Sitzung in Deutschland zusammenkam. „Das war etwas Besonderes: Man tagt in einem richtigen Parlament – und alle haben sich auch entsprechend angezogen“, erzählt Sarah. Die Delegierten trugen Anzug und Kostüm. Sarahs Investition in die edle Garderobe hat sich gelohnt: Als einziges deutsches Team haben sie sich

für die internationale Auswahlssitzung in Potsdam qualifiziert.

Schadstoffen auf der Spur

Georg Helms und die anderen Schüler der 9. Klasse des Dresdner St. Benno-Gymnasiums haben noch einiges vor: Sie sind als Umweltreporter unterwegs. Seit rund einem Jahr nehmen die 15- bis 16-Jährigen an einem Projekt teil, das die Deutsche Bundesstiftung Umwelt in Zusammenarbeit mit Schulen und Tageszeitungen in sechs EU-Ländern organisiert. „Umwelt baut Brücken“ soll zum einen den Dialog zwischen deutschen und osteuropäischen Jugendlichen stärken, aber auch den Blick auf ein Anliegen lenken, das Ost und West eint: den Naturschutz. Ob gefährliche Schadstoffe aus der Industrie, Chancen der Sonnenenergie oder Klimaschutz: Alles was die Umwelt betrifft, ist ein Thema für die jungen Reporter aus Deutschland, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn. Jeweils eine deutsche und eine osteuropäische Schule bilden für drei Jahre ein

Tandem. Innerhalb dieser Zeit bereisen die Schüler mehrerer Klassen abwechselnd das Heimatland des Austauschpartners, recherchieren vor Ort und berichten für die Tageszeitung zu Hause.

Georg und seine Klasse machten sich im Juni 2006 auf den Weg nach Sered, einer Kleinstadt in der Westslowakei. Eine spannende Reise, denn sie führte die Dresdner in ein Land, wohin noch keiner von ihnen vorher gefahren war und von dem keiner eine richtige Vorstellung hatte. „Wir hatten Vorurteile“, gesteht Georg. „Na ja, wir dachten, dass es dort einfach und ärmlich ist – eben anders als bei uns.“ Doch so anders war es gar nicht. Vor allem verblüfften die Slowaken den 17-Jährigen mit ihrem guten Deutsch, ihrer Herzlichkeit – und ihrer Begeisterung für die deutsche Fußballnationalmannschaft. Der Höhepunkt der einwöchigen Tour war der Recherchebesuch bei Novoplast, einem kunststoffverarbeitenden Unternehmen in der Region. Werksführung, Vorträge, Produktvorstellung – fast einen kompletten Tag verbrachten die Jugendlichen auf dem Firmen-

gelände. Vor allem interessierten sich Georg und seine Mitschüler natürlich für Umweltfragen: Wie sorgt die Firma dafür, dass keine gefährlichen Schadstoffe entweichen, wie wird mit Abfall umgegangen – und: Wie werden die neuen Umweltstandards eingehalten, die seit dem EU-Beitritt der Slowakei vor fast drei Jahren auch für das Unternehmen in Sered gelten?

Nach dem Besuch ging es zurück in die provisorische Redaktion in der Schule, eine ganze Seite für die Sächsische Zeitung und die slowakische Zeitung SME sollte geschrieben und gestaltet werden. Aufmacher, Interview, Hintergrundbericht und Infokasten – viel Arbeit, aber auch viel Spaß. Vor einigen Monaten haben Georg und seine Klasse bereits eine Seite produziert – und ihre Sache sehr gut gemacht. Im vergangenen September zeichnete die Jury von „Umwelt baut Brücken“ die Schüler für ihre Berichterstattung über die Enttrümmung der Dresdner Frauenkirche aus. Ein großer Erfolg. Doch bei der Arbeit als Umweltreporter geht es

U
M
W
E
L
T
R
E
P
O
R
T
E
R



Josef Winkler (Bündnis 90/Die Grünen)
Statement: Demokratie in Europa

Josef Winkler, Jahrgang 1974, ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er ist gelernter Krankenpfleger, kommt aus Bad Ems in Rheinland-Pfalz und ist ordentliches Mitglied im Petitionsausschuss und im Innenausschuss des Bundestages.
josef.winkler@bundestag.de
www.josef-winkler.de

„Alle Länder in Europa haben ein starkes nationales Parlament, zuweilen mit einer, manchmal mit zwei Kammern. Diese Volksvertreter stellen ein Kernstück unserer europäischen Demokratie dar. Auf europäischer Ebene ist das Parlament aber längst noch nicht so einflussreich wie der Europäische Rat oder die Kommission mit ihren mächtigen Beamten. Durch die – gescheiterte – Verfassung hätte sich dies geändert. Wenn Europa wirklich demokratisch sein will, muss dieses Manko behoben werden. Denn wie Winston Churchill im britischen Unterhaus schon 1947 sagte: Demokratie ist die schlechteste Regierungsform – außer all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind!“

Philipp Mißfelder (CDU/CSU)
Statement: Europa und Umwelt

„Früher spielte die Ökologie bei politischen Entscheidungen kaum eine Rolle. Eine solche Einstellung kann sich das Europa von heute aber längst nicht mehr leisten! Denn gerade für die junge Generation ist die Frage des Umweltschutzes besonders wichtig. Die Zukunft Europas hängt nämlich nicht zuletzt von einer umweltbewussten Politik ab. Wie eine aktuelle Studie gezeigt hat, sind die Probleme des Klimawandels global und von einem einzigen Land gar nicht mehr alleine zu lösen. Deshalb gilt in Zukunft: Nur wenn Staaten beim Umweltschutz zusammenarbeiten, wird es auch zukünftig ein lebenswertes Europa geben. Das ist die Aufgabe unserer Generation!“

Philipp Mißfelder, Jahrgang 1979, ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages. Der Student der Geschichte kommt aus Recklinghausen im Ruhrgebiet und ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Bundestages.
philipp.missfelder@bundestag.de
www.philipp-missfelder.de





Arbeit und Ausbildung grenzenlos – kein Problem in Europa. Annette hat über ihr Auslandspraktikum ein Zertifikat erhalten.



um mehr: Georg hat in Sered erlebt, mit welchen Umweltsünden die Slowakei zu kämpfen hat: „Es gibt dort ein riesiges Problem mit schwarzen Müllkippen. Die Menschen laden ihren Abfall einfach irgendwo in der Landschaft ab“, erzählt Georg. Umweltbewusstsein muss eben geweckt werden. Für Georg ein Beweis dafür, wie sinnvoll ein Projekt wie „Umwelt baut Brücken“ ist: „Es zeigt, dass Umweltschutz ein wichtiges Thema ist – auch hier in Deutschland.“

Neue Jobperspektiven

Annette Rief hat einen Traum: „Einmal im Ausland arbeiten, wäre toll, zum Beispiel in Spanien“, sagt die 22-Jährige und lacht. „Wenn es möglich gewesen wäre, hätte ich dort gern einen Teil meiner Ausbildung absolviert.“ Aber ihr Spanisch sei einfach noch nicht gut genug, fügt sie schnell hinzu, und so blieb sie in Deutschland. Auf den Traum vom Ausland wollte Annette trotzdem nicht verzichten. Sie wollte raus aus dem oberschwäbischen Weingarten nahe

des Bodensees, wo sie gerade bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) eine Ausbildung zur Veranstaltungskauffrau macht. Raus, neue Erfahrungen machen, dazulernen – auch wenn es nur für ein Praktikum ist, dachte Annette. Dann hörte sie von „Xchange“, einem von der Europäischen Union geförderten internationalen Austauschprogramm, das sich speziell an Lehrlinge in der Alpenregion richtet. Für einen Praktikumsplatz bewerben können sich deutsche Jugendliche, die ihre Ausbildung in Baden-Württemberg oder Bayern absolvieren, Lehrlinge aus den österreichischen Bundesländern Salzburg, Tirol und Vorarlberg sowie aus Liechtenstein, dem italienischen Südtirol und der Schweiz. „Man braucht nur angeben, was für einen Praktikumsplatz man sucht, das Übrige wird von Xchange organisiert“, erzählt Annette.

In ihrem Fall jedoch war es gar nicht so leicht, einen passenden Platz zu finden. Veranstaltungskauffrau ist ein relativ neuer Ausbildungsberuf. Selbst in Deutschland gibt es noch nicht viele Stellen in diesem Bereich, und in anderen EU-Ländern sieht es nicht anders aus. Aber Annette hatte Glück: „Xchange“ fand

für sie einen Praktikumsplatz im schweizerischen Kanton Thurgau. Rund 50 Kilometer von Weingarten entfernt, auf der anderen Seite des Bodensees, suchte das Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg eine Praktikantin für ihren Veranstaltungsbereich. Dorthin wechselte sie im vergangenen November für eine vierwöchige Hospitanz. „Genau so etwas habe ich gesucht, denn dort konnte ich den Job aus einer anderen Perspektive erleben“, sagt Annette. Bei der IHK sei sie meistens dafür zuständig, externe Firmen für Veranstaltungen zu buchen. „In Budgetplanung, Vertragsgestaltung und Pressearbeit habe ich deshalb schon einige Erfahrung“, sagt sie, „aber in Arenenberg konnte ich mithelfen, Programme selbst zu organisieren. Eine super Erfahrung!“ Nicht nur in fachlicher Hinsicht hält Annette das Auslandspraktikum für sinnvoll: „Eigentlich sollte jeder Lehrling das einmal machen. Es ist einfach wichtig, seinen Horizont zu erweitern.“ Überrascht hat sie in der Schweiz vor allem die Einstellung der Menschen „Die sind dort viel gelassener, nicht so hektisch, auch wenn es viel zu tun gibt. Ein „Geht nicht“ habe ich nie gehört, immer ein „Schauen wir doch mal, wie wir es hinkriegen!“

Marina Schuster (FDP) Statement: Arbeiten in Europa

„Wenn junge Menschen im europäischen Ausland studieren oder arbeiten – und umgekehrt hierher kommen –, dann sind sie die besten Botschafter, die wir uns wünschen können. Ich merke immer wieder auf meinen Reisen, wie sehr die Zusammenarbeit mit anderen Kulturen und Menschen – gerade auch aus Deutschland – geschätzt wird. Übrigens auch in Entwicklungsländern, die ich häufig besuche. Und was liegt heute näher, als in Paris, Stockholm oder Madrid zu arbeiten? Leider hatte ich nicht die Zeit für einen längeren Arbeitsaufenthalt im europäischen Ausland. Heute würde ich es mir nicht mehr entgehen lassen: die einmalige Chance, eine fremde Sprache fließend zu sprechen und die Menschen mit ihrer kulturellen Besonderheit besser kennenzulernen.“

Marina Schuster, Jahrgang 1975, ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie ist Diplom-Kauffrau, kommt aus Greding in Mittelfranken und ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages.

marina.schuster@bundestag.de
www.marina-schuster.de

Nele Hirsch (Die Linke.) Statement: Lernen in Europa

„Das ‚Nein‘ in Frankreich und den Niederlanden zum Europäischen Verfassungsentwurf hat gezeigt, dass die große Mehrheit der Menschen kein Europa möchte, in dem Wirtschaftsinteressen im Vordergrund stehen. Unser Ziel muss deshalb ein soziales Europa sein. Eine gemeinsame europäische Bildungspolitik spielt hierfür eine wichtige Rolle. Durch Auslandsaufenthalte während Schule, Studium oder Ausbildung kann miteinander und voneinander gelernt werden. Gemeinsam sollten wir uns dafür einsetzen, europaweit das Recht auf Bildung zu verankern, den Zugang zu Bildung zu öffnen und die Qualität der Bildung zu verbessern.“

Nele Hirsch, Jahrgang 1980, ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages. Davor war die gebürtige Stuttgarterin Studentin, unter anderem in Jena und Osaka (Japan). Sie ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.
cornelia.hirsch@bundestag.de
www.nele-hirsch.de



Leonie zeigt Flagge für Europa: Mit dem Comenius-Programm hat sie Estland entdeckt und dort viele Freundschaften geschlossen.

Eine Vermittlerin in Estland

Das könnte auch das Motto von Leonie Joppich sein. Gerade hat es in ihrer Schule, der Berliner Kopernikus-Oberschule, geklingelt. Die 14-Jährige verlässt schnell die Klasse und läuft die Treppe hinunter ins Erdgeschoss. Sie muss sich beeilen, schon am Nachmittag fährt sie auf eine Mediatorenfortbildung. „Streitschlichterkurs“, sagt Leonie erklärend und schließt die Tür zu einem großen Raum auf, in den die Streithähne normalerweise zum klärenden Gespräch gebeten werden. Nicht immer gelänge es, für Frieden und Annäherung zu sorgen – aber versuchen müsse man es zumindest, findet Leonie.

Die Arbeit als Vermittlerin macht ihr Spaß. Auf Dialog und Verständigung kommt es schließlich an – nicht nur innerhalb der Klasse. Deshalb gefällt Leonie das Projekt „Young in Europe“, eine Schulpartnerschaft, die ihre Schule zusammen mit einer dänischen, einer estnischen und einer tschechischen Schule gegründet hat. Dass zwei Partner aus osteuropäischen Ländern kommen, die zu den EU-Neulingen gehören, war eine bewusste Entscheidung der Schulleitung. „Ist doch wichtig, dass man sich

kennenlernt in Europa“, sagt Leonie. „Wenn man neue Nachbarn hat, geht man doch auch hin und begrüßt sie.“ Im Vordergrund des über drei Schuljahre laufenden Schulprojektes, das im Rahmen des Comenius-Programms von der EU gefördert wird, steht der Austausch der Schüler. Jedes Jahr wird ein Besuch bei einer der Partnerschulen organisiert. In der Zwischenzeit halten die Schüler per E-Mail Kontakt, stellen sich und ihr Land vor, lernen die unterschiedlichen Schulsysteme kennen oder erarbeiten für die anderen ein Länderquiz, das im Unterricht gelöst wird.

Als Leonie vor eineinhalb Jahren zum ersten Mal mit ihrer Klasse die Partnerschule im südöstlichen Võru besuchte, war ihr das Land dann doch ziemlich fremd. „Italien oder Frankreich kennt man ja, aber ich hatte überhaupt keine Idee, wie es in Estland aussieht“, erinnert sich Leonie. Doch was sie dort sah, gefiel ihr – besonders die Natur. „An einem Wochenende habe ich mit meiner Gastfamilie eine Wanderung gemacht“, sagt Leonie, holt ihren iPod aus der Tasche und zeigt Fotos: Viel Wald sieht man da, Wiesen, Seen, Schluchten. Ein Bild zeigt Leonie mit zwei dicken Pilzen.

Auf dem Programm stand natürlich auch ein Ausflug in die Hauptstadt Tallinn. Dazu viele gemeinsame Unternehmungen mit den estnischen Austauschschülern: Spiele, Sport – alles, was die Kommunikation fördert. Trotzdem kam die manchmal ins Stocken. Aber für Leonie kein Problem: „Wenn es mit Englisch nicht klappte, dann redete man eben mit Händen und Füßen. Erstaunlich, wie gut man sich trotzdem versteht!“ Zum Abschied tauschten die deutschen und die estnischen Schüler T-Shirts, die sie zuvor mit den Wahrzeichen ihrer Heimatländer bemalt hatten. „Über den Austausch bin ich wirklich froh“, sagt Leonie rückblickend. „Ich glaube nicht, dass ich sonst diesen Kontakt bekommen hätte.“

Film ab für Europa

Europäische Kontakte waren es, die Anika Möllerhenn vor einem Jahr auf eine Idee brachten: „Wahnsinn, wie viele junge Leute in Europa auf Achse sind“, dachte die heute 24-Jährige, „wie viele mal für eine Zeit in Spanien arbeiten, mal in Irland studieren, ein Praktikum machen oder einfach nur reisen.“ Europa rücke enger zusammen, findet



Mit der Kamera durch Europa: Anika hat mit Freunden ihren eigenen Film auf die Beine gestellt.

sie, werde unter europäischen Jugendlichen zunehmend Normalität. Aber gibt es auch schon eine europäische Identität? Diese Frage ließ Anika, die in Leipzig lebt und eine Ausbildung als Ergotherapeutin abgeschlossen hat, nicht mehr los. Wie empfinden junge Leute Europa, wie denken sie über ihre Zukunft?

In Anikas Kopf reifte der Plan, einen Dokumentarfilm zu drehen. Zusammen mit drei, vier Freunden wollte sie Jugendliche auf ihren Reisen durch Europa begleiten und interviewen. Nur, wie ein solches Projekt auf die Beine stellen? Kameras, Schnittprogramm, Computer – es fehlte die technische Ausrüstung. Und natürlich auch die nötigen finanziellen Mittel. Doch Anika hatte erneut eine Idee: Nach der Schule war sie mit dem Europäischen Freiwilligendienst für ein Jahr nach Spanien gegangen, um dort in einem Obdachlosenheim zu arbeiten. Bei der Internet-

suche nach ähnlichen Programmen war sie auch auf den Hinweis gestoßen, dass die Europäische Union Jugendprojekte unterstützt. Anika und ihre Mitstreiter überlegten sich ein Konzept für ihr Dokumentarfilmprojekt und schrieben einen Antrag. Mit Erfolg: Im letzten Sommer wurde die Förderung bewilligt. Ein Jahr lang können sie nun reisen und filmen – und werden dabei mit Geldern aus dem Programm „Jugend in Aktion“ unterstützt.

Kürzlich packten Anika und die anderen wieder die Rucksäcke und reisten nach Dublin. Ihr Ziel: Ein multikulturelles Musik- und Theaterfestival, zu dem Jugendliche aus vielen Teilen Europas zusammengekommen waren. Solche Festivals haben Anika und ihre Freunde bewusst als Drehorte für ihren Dokumentarfilm gewählt. „Ich finde es spannend, wenn so viele unterschiedliche Menschen aus England, Lettland, Frankreich oder Deutschland zusam-

menkommen“, sagt Anika. „Wir nutzen dort die Chance, mit ihnen ins Gespräch zu kommen.“ Rund 20 Jugendliche haben sie inzwischen vor laufender Kamera interviewt. Wie sehen ihre Vorstellungen von Europa aus, was erhoffen sie sich von der Zukunft – und was befürchten sie? Die Antworten sind vielfältig. Doch eines haben fast alle gemeinsam: „Mir ist eine große Offenheit aufgefallen“, erzählt Anika, „die meisten wollen die Chancen, die ihnen das vereinte Europa bietet, nutzen.“ Und noch etwas hat sie bei den Interviews herausgehört: „Eine europäische Identität beginnt sich zu entwickeln, allerdings bleiben nationale Wurzeln wichtig.“ Beides scheint gut nebeneinander existieren zu können: das Gefühl Ire, Deutscher oder Lette – und eben Europäer zu sein.

Jörg Tauss (SPD)
Statement: Europas Kultur



„Durch Musik, Tanz, Literatur oder Film kann eine ganz andere Qualität der Verständigung und des Verstehens zwischen den Menschen erreicht werden als das über gemeinsame Politik allein möglich ist. Die kulturelle Vielfalt Europas lebt von der Vielfalt seiner Menschen und vor allem von dem, was sie daraus machen. Um diese Vielfalt, aber auch die Komplexität der Europäischen Union besser zu verstehen, wäre es gut, mehr über Europa erfahren zu können. Neben einer verstärkten Behandlung in den Schulen müssen dafür auch wirklich europäische Medien entstehen, etwa eine täglich europaweit erscheinende ‚Europa-Zeitung‘ oder ein europaweit empfangbarer ‚Europa-Sender‘.“

Jörg Tauss, Jahrgang 1953, ist seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages. Der ehemalige Pressesprecher aus Kraichtal-Gochsheim in Baden-Württemberg ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien und des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Bundestages.
joerg.tauss@bundestag.de
www.tauss.de



Bereit für Europa?

Europa hat 37.900 Kilometer Küste – und mindestens ebenso viele Ideen zum Mitmachen. Ein kleiner Wegweiser zum Einstieg.

Europäisches Jugendportal

Was ist los in Europa? Was gibt es Neues? Alles über die Europäische Union, deine Rechte oder Infos über Jugendinitiativen, Programme oder Wettbewerbe findest du auf der zentralen Jugendwebsite der EU, dem Europäischen Jugendportal. Dein Wegweiser durch Europa:

www.europa.eu/youth

Europäisches Jugendparlament

Politik lebt von Ideen, Argumenten, Streit und Kompromiss – erst recht im Europa der 27 Mitgliedsstaaten. Kluge Köpfe sind deshalb gefragt. Probier dich aus – beim Europäischen Jugendparlament. Hier entwickelst du mit anderen Jugendlichen Lösungen für aktuelle politische Probleme, tauschst Argumente aus, findest Kompromisse – wie im richtigen Europäischen Parlament. Und das Beste daran: Die Ideen und Vorschläge landen direkt bei denen, die sie gebrauchen können – den europäischen Politikern. Mitmachen? Infos unter:

www.eyp.de

Europäischer Jugendkongress

Wer, wie, was – Europa? Du willst nicht länger rätseln, wie die Zukunft der Europäischen Union aussieht – du willst mitreden! Der Kongress, den Jugendliche für Jugendliche am 5. und 6. Mai in Berlin als Teil der Aktionstage Politische Bildung organisieren, bietet dir dazu die Möglichkeit. Diskutiere mit Politikern und entwickle deine eigenen Visionen! Anmeldung und Informationen unter:

www.bpb.de/veranstaltungen

Kampf der Klimakatastrophe

Unser Planet ist in Gefahr. Mit Schadstoffen wie Kohlendioxid belasten wir Menschen täglich die Atmosphäre. Die Folge: Das Ozonloch wächst, die Erde erwärmt sich. Stürme, Überflutungen, Hitze sind die ersten Zeichen eines weltweiten Klimawandels. Es muss dringend etwas geschehen. Die Europäische Kommission hat deshalb die Kampagne „Du kontrollierst den Klimawandel“ gestartet. Was du selbst tun kannst, erfährst du unter:

<http://ec.europa.eu/environment/climat/campaign>

Dein Projekt wird Wirklichkeit

Du möchtest ein Theaterprojekt gründen oder zusammen mit deinen Freunden einen Film drehen? Du findest, dass in deiner Stadt ein Jugendclub fehlt oder eine Initiative, die sich für Umweltschutz einsetzt? Dann tu etwas – die Europäische Kommission hilft dir dabei. Bis zu 18 Monate fördert sie Initiativen von Jugendlichen. Das Thema bestimmst du. Alles, was du brauchst, ist also eine gute Idee und Mitstreiter. Neugierig geworden? Die Agentur Jugend für Europa hat alle wichtigen Informationen zusammengestellt. Und ein spezielles Webangebot informiert ausschließlich über den Europäischen Freiwilligendienst.

www.machwasdraus.de

www.go4europe.de

Europa an die Schule

Deine Schule hat noch keine Partnerschule im europäischen Ausland? Dann wird es höchste Zeit! Es gibt nämlich eine Menge Möglichkeiten, Schulpartnerschaften und andere schulübergreifende Projekte über das Comenius-Programm von der EU fördern zu lassen. Künftig sollen auch Schüler unterstützt werden, die für ein Schuljahr an eine andere europäische Schule wechseln wollen. Sprich also mit deinen Lehrern darüber! Gute Argumente findest du unter:

www.kmk-pad.org

Abenteuer Ausland

Du willst raus von zu Hause und am besten gleich ins Ausland. Nur wie? Eigentlich ganz einfach – mit einem von der Europäischen Union geförderten Programm. Du musst dich nur entscheiden. Schüleraustausch, Freiwilligendienst, Sprachferien, Praktika oder Reisestipendium: Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, Europa kennenzulernen. Wie du das richtige Angebot für dich entdeckst? Hier findest du Informationen, Tipps und Erfahrungsberichte:

www.rausvonzuhause.de

Arbeiten und Studieren in der EU

Du willst deine Ausbildung zur Hälfte in Madrid absolvieren? Ein Jahr in Prag studieren oder nach dem Studienabschluss in London einen Job suchen? Die erste Adresse für alle Fragen rund ums Arbeiten und Studieren in Europa ist der Europaservice der Bundesagentur für Arbeit. Dort findest du Informationen über die unterschiedlichen Studien- und Ausbildungssysteme, die erforderlichen Formalia und wer dir bei Fragen weiterhelfen kann. Empfehlenswert ist auch das breit angelegte Bildungs- und Austauschprogramm von Inwent.

www.europaserviceba.de

www.inwent.org



Ungleiche Zwillinge

Der Deutsche Bundestag und das Europäische Parlament im Vergleich



Deutschland ist eine parlamentarische Demokratie – das heißt: das Parlament ist der zentrale Ort der Politik. Der Deutsche Bundestag ist das Herzstück unserer Demokratie, hier wird über neue Gesetze entschieden und hier werden die wichtigen politischen Debatten geführt.



Die Europäische Union hat ebenfalls ein Parlament mit Abgeordneten, Debatten und Abstimmungen. Allerdings ist hier vieles anders, denn die EU ist eine überstaatliche Organisation und das Europäische Parlament hat andere Aufgaben und Kompetenzen als der Bundestag.



Sitz

Wahl

Abgeordnete

Präsident

Gesetzgebung

Kontrolle

Haushalt

Wahl des Regierungschefs

Fraktionen

Ausschüsse

Symbol

Besucher

Deutscher Bundestag

Seit 1999 **Berlin** (von 1949 bis 1999 Bonn)

Alle vier Jahre. Letzte Wahl 2005. Der Bundestag wird in einer Kombination von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht gewählt. Es gibt zwei Stimmen, eine Erststimme und eine Zweitstimme.

598 Sitze. In der 16. Wahlperiode sitzen aber 614 Abgeordnete im Bundestag, denn 16 sogenannte Überhangmandate entfielen bei der Wahl 2005 auf CDU/CSU und SPD.

Der **Bundestagspräsident** wird für die gesamte Wahlperiode gewählt und kann in dieser Zeit nicht abgewählt werden. In der laufenden Wahlperiode: Norbert Lammert (CDU/CSU).

Der Bundestag ist der **Gesetzgeber** auf Bundesebene. Ohne seine Entscheidung kann kein Bundesgesetz zustande kommen. Aus der Mitte des Bundestages können auch Gesetzentwürfe eingebracht werden. Dazu müssen sich mindestens 5 Prozent der Abgeordneten zusammenschließen.

Der **Bundestag kontrolliert die Regierung.** Dazu stehen ihm viele Instrumente zur Verfügung: von Großen und Kleinen Anfragen der Fraktionen und Aktuellen Stunden über spezielle Kontrollgremien bis hin zur Einsetzung von Untersuchungsausschüssen.

Der Bundestag verfügt über **das Haushaltsrecht.** Ohne seine Zustimmung darf die Regierung keinen Cent ausgeben. Er beschließt den Bundeshaushalt und stellt die Einnahmen und Ausgaben des Staates fest.

Der Bundestag wählt den Bundeskanzler oder die **Bundeskanzlerin** und kann ihn/sie mit einem konstruktiven Misstrauensvotum durch einen Nachfolger ersetzen.

Mindestens fünf Prozent aller Abgeordneten können eine Fraktion bilden. Fraktionen im 16. Deutschen Bundestag: CDU/CSU (225 Sitze), SPD (222), FDP (61), Die Linke. (53), Bündnis 90/Die Grünen (51). Zwei Abgeordnete sind fraktionslos.

22 ständige Ausschüsse in der laufenden 16. Wahlperiode. In den Ausschüssen wird die Detailarbeit der Gesetzgebung geleistet. Einige Ausschüsse schreibt das Grundgesetz vor, etwa den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

Der **Bundestagsadler**, im Volksmund „Fette Henne“.

Rund **3 Millionen im Jahr**; wahrscheinlich das meistbesuchte Parlament der Welt.

Europäisches Parlament (EP)

Hauptsitz Straßburg, weitere Arbeitsorte: Brüssel und Luxemburg

Alle fünf Jahre. Letzte Wahl 2004. 1979 erste Direktwahl des EP. Die Wahl findet gemäß den nationalen Wahlverfahren statt. In Deutschland wird nach den Grundsätzen des Verhältniswahlsystems gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme.

785 Sitze. Jedes der 27 Länder ist mit einer festgelegten Anzahl an Abgeordneten vertreten, Deutschland mit 99.

Der **Präsident des Europäischen Parlaments** wird für 2 ½ Jahre vom Parlament gewählt, also für eine halbe Wahlperiode. Derzeit: Hans-Gert Pöttering (EVP-ED).

Das EP **teilt sich die Funktion des Gesetzgebers** mit dem Rat der Europäischen Union. Je nach Politikbereich gelten verschiedene Verfahren. Das EP kann keine Gesetzesvorschläge einbringen, aber die Kommission auffordern, einen Vorschlag vorzulegen.

Das EP verfügt über **Kontrollrechte** gegenüber **EU-Kommission und Rat.** Es kann Anfragen stellen, Untersuchungsausschüsse einsetzen und hat Klagemöglichkeiten vor dem Europäischen Gerichtshof (etwa „Untätigkeitsklage“ gegen Kommission und Rat).

Das EP übt **gemeinsam mit dem Rat** das **Haushaltsrecht** aus. Zusammen verabschieden sie den jährlichen Haushaltsplan. Es kann den gesamten Haushalt ablehnen, wenn es der Auffassung ist, dass dieser nicht den Bedürfnissen der Union entspricht.

Es gibt keinen EU-Regierungschef. Aber das EP muss der Ernennung des Kommissionspräsidenten und später der EU-Kommission als Ganzer zustimmen. Ein Zehntel der Parlamentarier kann einen Misstrauensantrag gegen die EU-Kommission stellen.

Mindestens 20 Abgeordnete aus mindestens einem Fünftel der Mitgliedsländer können eine Fraktion bilden. Zurzeit gibt es acht Fraktionen: Europäische Volkspartei und europäische Demokraten, EVP-ED (277 Sitze); Sozialdemokraten, SPE (218); Allianz der Liberalen und Demokraten, ALDE (106); Europa der Nationen, UEN (44); Grüne/EFA (42); Vereinigte Linke, GUE/NGL, (41); Unabhängigkeit/Demokratie, IND/DEM (23); Identität, Tradition, Souveränität, ITS (20); 14 EP-Abgeordnete sind fraktionslos.

20 ständige Ausschüsse in der laufenden 6. Wahlperiode. Es gibt keine vorgeschriebenen Ausschüsse. Nichtständige Ausschüsse werden bei Bedarf eingesetzt.

Europaflagge. Die Zahl der Sterne hat nichts mit den EU-Mitgliedstaaten zu tun. Sie beträgt immer zwölf, da diese Zahl für Vollkommenheit und Einheit steht.

Rund **250.000 Besucher** im Jahr.

Sitz

Wahl

Abgeordnete

Präsident

Gesetzgebung

Kontrolle

Haushalt

Wahl des Regierungschefs

Fraktionen

Ausschüsse

Symbol

Besucher



Der lange Weg zum Glück

Wie entstehen Gesetze für Europa? Über eine EU-Richtlinie, die Zukunft macht.
Text: Birte Betzendahl; Illustration: Martin Haussmann



Dass ihr Leben einmal von einem Stapel Papier namens „Richtlinie 2005/36/EG“ bestimmt werden würde, das hätte sich Marie nicht träumen lassen. Gerade aber scheint es so, als würde die kryptische Kombination 2005/36/EG in Marias Zukunft eine entscheidende Rolle spielen.

Marie ist 26 Jahre alt und kommt aus Utrecht in den Niederlanden. Vor zwei Jahren hat sie sich in Fabian verliebt. Fabian ist zwei Jahre älter, kommt aus Deutschland und hat nach seinem Bühnenbildstudium einen Job am Passauer Theater gefunden. In einem Jahr ist auch Marie fertig mit der Uni. Dann hat sie 14 Semester Medizin gebüffelt, geforscht und praktiziert – und Deutsch gelernt. „Denn dann möchte ich endlich als Ärztin arbeiten – am liebsten in Passau, bei Fabian.“

An dieser Stelle wird die Richtlinie 2005/36/EG in Marias Leben wichtig. Denn sie regelt künftig die Anerkennung von Berufsabschlüssen und -qualifikationen innerhalb Europas. Dank dieser Richtlinie soll also Marias Abschluss in „Geneeskunde“ auch von einer deutschen Klinik wie ein Abschluss in Humanmedizin akzeptiert werden. Diese Vorschrift ersetzt 15 andere Richtlinien, die in den vergangenen 30 Jahren die Anerkennung von Berufen geregelt haben. Bisher werden zwar die Bachelor- und Masterabschlüsse aus anderen europäischen Ländern anerkannt, jedoch hat Deutschland etwa

bei der Berufszulassung im Bereich Humanmedizin momentan noch weitere Bedingungen. Marie weiß, wie wichtig ihr deshalb diese Richtlinie werden kann: „Es klingt komisch, aber das Dokument 2005/36/EG ist der richtige Schlüssel zu Fabians und meiner gemeinsamen Zukunft.“

Doch damit dieser Schlüssel irgendwann Türen öffnen kann, ist ein langer Weg mit Entscheidungen, Beschlüssen, Abstimmungen nötig. Die Richtlinie 2005/36/EG hat es fast hinter sich, das Gesetzgebungsverfahren in der Europäischen Union (EU). An der Rechtssetzung auf EU-Ebene sind vor allem drei Institutionen beteiligt: die Europäische Kommission, das Europäische Parlament (EP) und der Rat der Europäischen Union (Rat). Allerdings ist die EU im Gegensatz zu einem Staat nicht für alles zuständig, sondern darf nur darüber entscheiden, wofür ihr die Mitgliedsstaaten auch die Erlaubnis erteilt haben.

Am Anfang steht immer eine Idee. In Marias Fall die Idee, dass die Menschen in Europa auch in allen anderen Mitgliedsstaaten in ihrem Beruf arbeiten können. Diesen Einfall hatte die Europäische Kommission schon im Jahr 2000. Sie hat oft die Rolle des Impulsgebers und macht Vorschläge für neue europäische Gesetze. Sie wird deshalb auch „Motor der Gemeinschaft“ genannt. Die Ideen für ein neues Gesetz schreibt die EU-Kommission meist in einem sogenannten **Grünbuch** auf. Auf dieser Grundlage werden erste Meinungen zu dem Vorschlag gesammelt.

Der Inhalt eines EU-Gesetzesvorhabens entscheidet, in welchem Verfahren es beschlossen wird. Die Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen fällt unter das Thema Freizügigkeit der Arbeitnehmer, das in den Artikeln 39 und 40 EG-Vertrag geregelt ist. Dadurch ist klar, dass über diese Richtlinie im Mitentscheidungsverfahren zu beraten ist. Es gibt mehr als 20 andere mögliche Wege der Gesetzgebung, etwa das Zustimmungsverfahren oder das Anhörungsverfahren, aber rund ¾ aller Vorlagen werden im **Mitentscheidungsverfahren** behandelt. Sein Kennzeichen

4a Vermittlungsausschuss

Europäisches Parlament und Rat:

Bei Uneinigkeit nach der 2. Lesung.



4 EU-Gesetzgebungsverfahren (Verfahren der Mitentscheidung)

Europäisches Parlament und Rat: Bei Änderungen durch den Rat ist eine zweite Lesung erforderlich. Die EU-Kommission bezieht Stellung.

3 Richtlinienvorschlag

EU-Kommission: Kommission leitet Europäischem Parlament und Rat einen Richtlinienvorschlag zu.



ist, dass sowohl der Rat als auch das EP gleiche gesetzgeberische Rechte haben und sich verständigen müssen. Können sich beide Organe nicht einigen, scheidet das Gesetz. Bei Marias Richtlinie 2005/36/EG war dies zum Glück nicht der Fall.

Im Europäischen Parlament beraten die Experten in den zuständigen Ausschüssen über die ausformulierte Richtlinie oder Verordnung. Auf der Grundlage eines Berichtes dieser Fachpolitiker legt das EP seine Position fest. Meistens hat es Änderungswünsche an dem Entwurf der Kommission. Diesen Prozess nennt

man **Erste Lesung**. Auch andere Gremien werden zur Unterstützung um ihre Stellungnahme gebeten. Bei der Richtlinie 2005/36/EG etwa der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), ein beratendes Organ, das unter anderem die Interessen der Arbeitnehmer vertritt.

Im nächsten Schritt debattiert der Rat über die neuen Vorschläge des EP. Im Rat sind die Regierungen der Mitgliedsstaaten durch den jeweiligen Fachminister vertreten. Über den Rat können außerdem die nationalen Parlamente in den Prozess einwirken. Denn die Kommission sendet ihnen ihre Dokumente direkt zu. Auch der Deutsche Bundestag kann sich so positionieren und die Bundesregierung auffordern, seine Meinung in ihre Entscheidung im Rat mit einfließen zu lassen.

Wenn der Rat mit den Verbesserungsvorschlägen des Europäischen Parlaments einverstanden ist, dann gilt der Entwurf als angenommen. Ist der Rat mit dem Entwurf noch nicht zufrieden, gibt es eine **Zweite Lesung**. Hier entscheidet das EP über den Standpunkt des Rates. Es kann den Entwurf des Rates mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen annehmen oder ihn mit der absoluten Mehrheit der Abgeordneten ablehnen oder nochmals ändern. Das Europäische Parlament hat also in diesem Stadium die Möglich-

5 Veröffentlichung

Amtsblatt der EU: Zwei Wochen nach Veröffentlichung im Amtsblatt der EU tritt die Richtlinie in Kraft.



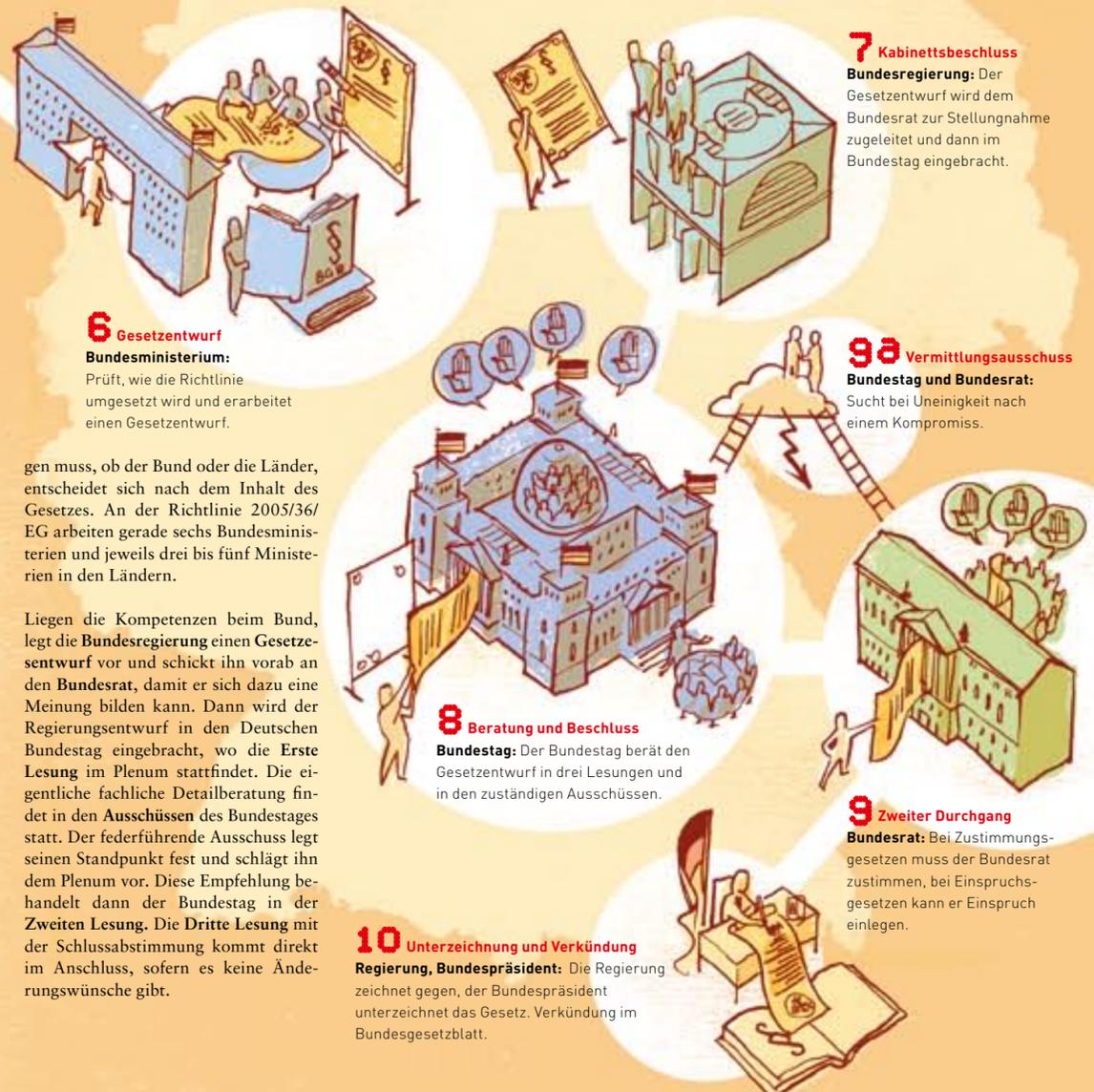
sie bis zum 20. Oktober 2007 in ihr nationales Recht umzusetzen. Die Bundesregierung muss nun aktiv werden, damit die Ziele der Richtlinie rechtzeitig in Deutschland gültig werden.

Zwei Jahre Zeit gibt es dafür, denn eine Richtlinie muss in Deutschland noch den kompletten Gesetzgebungsprozess durchlaufen. Zunächst wird geprüft, ob ein neues Gesetz für Deutschland geschrieben wird oder ob bestehende Regelungen aktualisiert werden. Bei Marias Richtlinie ist Letzteres der Fall. Hier müssen etwa 80 Änderungsgesetze geschrieben und zudem noch zahlreiche Rechtsverordnungen überarbeitet werden. Jede Menge Arbeit. Wer sie erledigt,

Ist ein Gesetz vom Bundestag verabschiedet, wird es sofort an den Bundesrat geschickt, über den die Länder an der Gesetzgebung des Bundes mitwirken. Je nachdem, ob ein Gesetz der Zustimmung des Bundesrates bedarf (Zustimmungsgesetz) oder ob er nur Einspruch erheben darf (Einspruchsgesetz), regelt sich das Verfahren. Ist der Bundesrat mit dem vom Bundestag verabschiedeten Entwurf nicht zufrieden, kommt auch hier ein **Vermittlungsausschuss** ins Spiel. Er hat die Aufgabe, den Gesetzentwurf so zu ändern, dass beide Seiten einverstanden sind. Im Falle von Einspruchsgesetzen kann der Bundestag den Bundesrat aber überstimmen, wenn es keine Einigung gibt. Dann kann das

Gesetz in Kraft treten, ebenso wenn der Bundesrat nichts zu bemängeln hat oder eine Einigung im Vermittlungsausschuss erreicht wurde. Vorher muss es die Bundesregierung noch einmal gegenzeichnen und der Bundespräsident muss es unterschreiben. Dann wird das Gesetz im Bundesgesetzblatt verkündet.

Wenn Marie in einem Jahr ihre Prüfungen abgeschlossen hat, hofft sie, dass in Deutschland die Richtlinie 2005/36/EG diesen langen Weg schon hinter sich hat und sie somit keine weiteren Qualifikationen nachholen muss. Fabian hält jetzt schon mal Ausschau nach frei werdenden Arztstellen.



7 Kabinettsbeschluss

Bundesregierung: Der Gesetzentwurf wird dem Bundesrat zur Stellungnahme zugeleitet und dann im Bundestag eingebracht.

9a Vermittlungsausschuss

Bundestag und Bundesrat: Sucht bei Uneinigkeit nach einem Kompromiss.

9 Zweiter Durchgang

Bundesrat: Bei Zustimmungsgesetzen muss der Bundesrat zustimmen, bei Einspruchsgesetzen kann er Einspruch einlegen.

6 Gesetzentwurf

Bundesministerium: Prüft, wie die Richtlinie umgesetzt wird und erarbeitet einen Gesetzentwurf.

gen muss, ob der Bund oder die Länder, entscheidet sich nach dem Inhalt des Gesetzes. An der Richtlinie 2005/36/EG arbeiten gerade sechs Bundesministerien und jeweils drei bis fünf Ministerien in den Ländern.

Liegen die Kompetenzen beim Bund, legt die Bundesregierung einen **Gesetzentwurf** vor und schickt ihn vorab an den Bundesrat, damit er sich dazu eine Meinung bilden kann. Dann wird der Regierungsentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht, wo die **Erste Lesung** im Plenum stattfindet. Die eigentliche fachliche Detailberatung findet in den **Ausschüssen** des Bundestages statt. Der federführende Ausschuss legt seinen Standpunkt fest und schlägt ihn dem Plenum vor. Diese Empfehlung behandelt dann der Bundestag in der **Zweiten Lesung**. Die **Dritte Lesung** mit der Schlussabstimmung kommt direkt im Anschluss, sofern es keine Änderungswünsche gibt.

8 Beratung und Beschluss

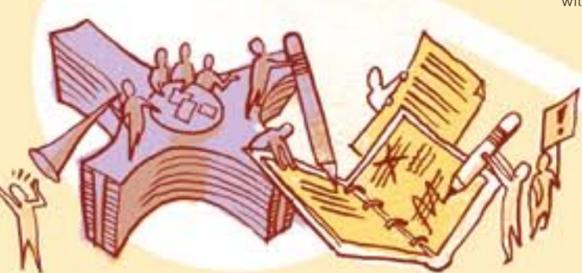
Bundestag: Der Bundestag berät den Gesetzentwurf in drei Lesungen und in den zuständigen Ausschüssen.

10 Unterzeichnung und Verkündung

Regierung, Bundespräsident: Die Regierung zeichnet gegen, der Bundespräsident unterzeichnet das Gesetz. Verkündung im Bundesgesetzblatt.

1 Konsultation

EU-Kommission: Problembeschreibung in einem Grünbuch der EU-Kommission.



2 Programm

EU-Kommission: EU-Kommission stellt in einem Weißbuch konkret dar, wie sie ein Problem lösen will.



Europa

Europäisches Parlament

Die 785 Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) repräsentieren heute rund 493 Millionen Menschen in 27 Staaten. Die **Gesetzgebungsbefugnis** teilt es sich mit dem Rat der Europäischen Union, insbesondere im Rahmen des **Mitentscheidungsverfahrens**, das heute bei 75 Prozent der Gesetzgebungsakte angewendet wird. Gemeinsam mit dem Rat übt das EP Haushaltsbefugnisse aus, indem es den jährlichen Haushaltsplan verabschiedet sowie dessen Ausführung genehmigt. Es ist zuständig für die politische Kontrolle der europäischen Organe, insbesondere der Kommission.

www.europarl.europa.eu

Europäische Kommission

Die Kommission ist ein **unabhängiges Kollegium**, das die allgemeinen Interessen der EU verkörpert. Sie bereitet neue Rechtsvorschriften vor und setzt diese um, übt Durchführungs-, Verwaltungs- und Kontrollbefugnisse aus. An ihrer Spitze steht nicht ein Regierungschef, sondern ein Kommissionspräsident (derzeit José Manuel Barroso), und sie besteht aus 27 Kommissaren, die für unterschiedliche Politikfelder zuständig sind. Die Kommission hat bei der EU-Gesetzgebung (fast ausschließlich) das Initiativrecht, das heißt, sie legt Vorschläge für **neue Gesetzesvorhaben** (Richtlinien oder Verordnungen) vor. www.ec.europa.eu

Der Rat der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Union (auch Ministerrat oder Rat) ist die oberste Entscheidungsinstanz der EU. Hier treten die Minister der Mitgliedsstaaten zusammen, er ist die Vertretung der Regierungen auf EU-Ebene. Es gibt nicht „einen Rat“, sondern neun verschiedene Zusammensetzungen, je nachdem ob etwa die Außenminister, die Finanzminister oder die Umweltminister tagen. Gemeinsam mit dem Europäischen Parlament übt der Rat die **Haushalts- und Gesetzgebungsbefugnisse** in der EU aus. www.consilium.europa.eu

Überblick behalten: Rätevielfalt in Europa

Vom Rat der Europäischen Union zu unterscheiden ist der Europäische Rat, zu dem die Staats- oder Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten zusammenkommen. Diese Treffen werden „EU-Gipfel“ genannt. Den Vorsitz führt der Staats- oder Regierungschef jenes Landes, das gerade die EU-Ratspräsidentschaft innehat. Im ersten Halbjahr 2007 ist Bundeskanzlerin Angela Merkel Ratsvorsitzende. Hier werden grundsätzliche Impulse gegeben und Leitlinien der EU-Politik festgelegt, aber keine Gesetze verabschiedet. Der Europäische Rat ist kein Organ, sondern ein politisches Gremium der EU. Gar nichts mit der EU zu tun hat der Europarat. Er wurde 1949 gegründet mit dem Ziel, die Zusammenarbeit der Staaten in Europa zu fördern, und hat heute 46 Mitglieder – weit mehr als die EU. Hier werden eher übergreifende Debatten geführt, etwa über gemeinsame Werte und Regeln, die zum Beispiel in völkerrechtlich verbindliche Absprachen münden können.

Deutschland

Deutscher Bundestag

Der Bundestag ist die Gesamtheit der gewählten Abgeordneten. Er ist das **gesetzgebende Organ** der Bundesrepublik Deutschland und repräsentiert den politischen Willen der Bürgerinnen und Bürger. Neben der Gesetzgebung ist die zentrale Aufgabe des Bundestages die Kontrolle der Bundesregierung. Er bestimmt durch Wahlen die Besetzung anderer Verfassungsorgane: Er wählt die Bundeskanzlerin und die Hälfte der Richter des Bundesverfassungsgerichts. In der Bundesversammlung, die den Bundespräsidenten wählt, kommen zur Hälfte Bundestagsabgeordnete, zur Hälfte Vertreter der Bundesländer zusammen.

www.bundestag.de

Bundesregierung

Die Bundesregierung repräsentiert die **Exekutive (ausführende Gewalt)** des Bundes und besteht aus der Bundeskanzlerin und den Bundesministern. Neben Bundestag und Bundesrat hat die Bundesregierung das Recht, Gesetzentwürfe in den Bundestag einzubringen (Initiativrecht). Die Bundeskanzlerin bestimmt die Richtlinien der Politik. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich „selbstständig und unter eigener Verantwortung“. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ministern entscheidet die Bundesregierung www.bundesregierung.de

Bundesrat

Bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes wirken die **Bundesländer** durch den Bundesrat mit. Der Bundesrat besteht aus Mitgliedern der **Landesregierungen**. Die Stimmen eines Landes können nur einheitlich und nur durch anwesende Mitglieder oder deren Vertreter abgegeben werden. Die Anzahl der Stimmen richtet sich nach der Einwohnerzahl, jedes Land hat mindestens drei Stimmen, die größten Bundesländer verfügen über sechs Stimmen. Der Bundesrat hat 69 Mitglieder. www.bundesrat.de

Europa mon amour

Mehr als eine Arbeitsbeziehung:

Fünf Abgeordnete erzählen ihre Europastory.

Europapolitik wird nicht nur von den nationalen Regierungen, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament gemacht. Auch die Abgeordneten der nationalen Parlamente haben ein Wörtchen mitzureden. Dass der Bundestag in Brüssel nicht zu kurz kommt – dafür sorgen vor allem die Mitglieder des Europaausschusses. Aber auch andere Abgeordnete haben Europa zur Chefsache erklärt. Klar, dass sie dabei nicht immer dieselben Ziele verfolgen. Eines aber ist allen gemeinsam: Ihr Einsatz reicht weit über den normalen Parlamentsbetrieb hinaus: etwa bei Projekttagen oder bei der Europa-Union, im Europarat oder beim Einsatz für einen Eurodistrikt. Fünf Abgeordnete berichten, was sie in Europa erleben und wie sie Europa mitgestalten.

Protokolle: Nicole Alexander
Fotos: Anke Jacob



Dolmetscherin in Sachen Europa

Veronika Bellmann (CDU/CSU)

„Über Europa diskutiere ich mit Leiden- schaft – gerade mit Jugendlichen. Für viele ist die Europäische Union ja ein eher abstraktes Thema aus dem Schul- unterricht. Ich verstehe mich da immer so ein bisschen als Bindeglied zwischen den Ebenen, als eine Art Dolmetscherin. Deshalb war ich auch sofort dabei, als die Bundeskanzlerin uns Abgeordnete gebeten hat, beim EU-Projekttag am 22. Januar mitzumachen. Drei Schu- len in meinem Wahlkreis habe ich be- sucht und den Jugendlichen zum Thema Europa Rede und Antwort gestanden.“

Toll fand ich, wie gut sich die Klassen auf den Projekttag vorbereitet hatten. Zu den Institutionen der EU musste ich nichts sagen, über die wussten alle bes- tens Bescheid. Wirklich beeindruckt hat mich eine Umfrage zu Vor- und Nachteilen der EU, die zwei Mädchen und ein Junge unter ihren Mitschülern in Eigenregie veranstaltet hatten. Ihr Ergebnis: Neben Frieden und Reisefrei- heit, die innerhalb der Europäischen Union herrschen, fanden alle die vielfäl- tigen Ausbildungs- und Arbeitsmöglich- keiten klasse, die sich jungen Leuten

dank der EU im europäischen Ausland bieten. Damit hatten sich die Schüler die wichtigsten Vorteile eines vereinten Europas bereits selbst erarbeitet.

Natürlich haben wir auch viele kriti- sche Fragen zur EU diskutiert. Von mir erwarteten sie wohl auch deshalb eine realistische Einschätzung, weil sie wus- ten, dass ich der Europäischen Union in manchem auch skeptisch gegenüber- stehe. Mit Sorge beobachte ich etwa die zunehmende Überregulierung und -büro- kratisierung in Brüssel und Straßburg.

Deshalb bin ich froh, dass ich im Bun- destag Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Uni- on bin. Denn meckern allein reicht nicht. Im Europaausschuss kann ich ver- suchen, die Dinge mitzugestalten. Er- freulicherweise ist dieser Ausschuss in den vergangenen Jahren deutlich selbst- bewusster geworden. Da wird nicht mehr zu allem, was auf EU-Ebene getan wird, Ja und Amen gesagt.

Bei aller Kritik: Die Idee von Europa als einer Friedensgemeinschaft liegt mir

sehr am Herzen. Die EU bietet die Rie- senchance, Frieden, Freiheit und Dem- okratie überall in Europa durchzu- setzen und in die Welt hinauszutragen. „Wenn du wissen willst, was der Vor- zug eines vereinten Europas ist, dann gehe über die Friedhöfe dieses Konti- nents.“ Diesen Ausspruch finde ich sehr treffend. Die europäischen Staaten ha- ben in der Vergangenheit so viele Krie- ge gegeneinander geführt. Heute halten wir – dank der EU – Frieden in Europa fast für selbstverständlich.“

Veronika Bellmann (CDU/CSU),

Jahrgang 1960, ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages und dort ordent- liches Mitglied im Ausschuss für die Ange- legenheiten der Europäischen Union. Seit 2005 ist sie stellvertretendes Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Euro- parats und der Versammlung der Westeuro- päischen Union (WEU), einer Plattform für Parlamentarier zur Diskussion über die Europäische Sicherheits- und Verteidigungs- politik (ESVP).

veronika.bellmann@bundestag.de
www.veronika-bellmann.de

Europatag an der Schule

Am 22. Januar 2007 besuchten Hunderte von Abgeordneten, Staatssekretären, Mi- nistern und Kommissionsbeamten Schulen in ganz Deutschland, um mit den Schülern über Europa zu diskutieren. Der anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft veranstaltete EU-Projekttag war zwar eine einmalige Angelegenheit. Aber am 9. Mai, dem jährlichen Europatag, haben Schüler in ganz Europa wieder Gelegenheit, Abge- ordneten des Europäischen Parlaments und EU-Beamten auf den Zahn zu fühlen. Diesjähriges Schwerpunktthema der Initiative ist die Arbeit der EU im Bereich Entwicklungszusammenarbeit. Informationen zum „Europatag in den Schulen“:

www.europa.eu/50/across_europe/070509_a_de.htm



Grenzverkehr mit Umwegen

Axel Schäfer (SPD)

Axel Schäfer (SPD),

Jahrgang 1952, ist seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages und dort ordentliches Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Er ist europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und stellvertretendes Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. 1994 bis 1999 war er Mitglied des Europäischen Parlaments. Dem Präsidium der Europa-Union Deutschland gehört er seit 1994 an. Seit 2003 ist er Vizepräsident des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland.

axel.schaefer@bundestag.de
www.axelschaefermdb.de

Beim Thema europäische Einigung muss ich immer an dieses Erlebnis denken: 1970 – ich war damals 17 – bin ich mit ein paar Freunden nach Frankreich gefahren. Mit dabei war ein Mädchen, das ich ganz toll fand. Sie war mit ihren Eltern aus der DDR geflüchtet und hatte noch keinen bundesdeutschen Personalausweis. Und weil ihr DDR-Pass an der deutsch-französischen Grenze nicht anerkannt wurde, bin ich mit ihr im Zug zur nächsten Grenzstation gefahren und habe sie dort mit dem Reise-

pass eines anderen Mädchens aus der Gruppe über die Grenze „geschmuggelt“. Das war natürlich eine prima Gelegenheit, ihr ein wenig zu imponieren. Ehrlich gesagt hatte ich auch etwas Angst, bei dieser Aktion erwischt zu werden.

Heute muss ich schmunzeln, wenn ich diese Geschichte erzähle. Vor allem die Jüngeren können sich ja kaum noch vorstellen, dass Grenzkontrollen und Probleme, ein Visum zu bekommen, einmal europäische Realität waren. Heute hat man so viele Chancen, in anderen EU-Ländern frei zu leben, zu arbeiten, zu studieren. Das ist – neben dem Frieden natürlich – eine der großen Errungenschaften Europas.

Dass die europäische Einigung der richtige Weg ist, um den großen Traum vom Frieden zu verwirklichen, daran habe ich nie gezweifelt. „Das wichtigste nationale Interesse ist die europäische Einheit“, so hat es einmal der frühere Außenminister Joschka Fischer formuliert. Von dieser Idee haben wir schon viel umgesetzt: Wir haben es geschafft, den Nationalismus, der die Moderne geprägt, aber auch vergiftet hat, zu über-

winden. Deshalb genießt Europa als Idee wie als reale Gemeinschaft ein unglaublich hohes Ansehen in der Welt.

Wunderbar finde ich, dass sich in Deutschland fast alle demokratischen Parteien, Verbände, Gewerkschaften und die Kirchen zur europäischen Idee bekennen. Sie alle gehören dem Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland an, dessen Vizepräsident ich seit vier Jahren bin. Ziel dieses Zusammenschlusses ist es, die europäische Einigung weiter voranzutreiben. Eine seiner tragenden Säulen ist die Europa-Union Deutschland, für die ich mich seit 1978 engagiere. Dieser parteiübergreifende Verband entwickelt Ideen und Projekte, wie sich Europa vor Ort vermitteln lässt.

Eine Aktivität des Netzwerks Europäische Bewegung, die mir sehr am Herzen liegt, ist der Wettbewerb „Europa in der Schule“. Jedes Jahr nehmen etwa 20.000 Jugendliche mit künstlerischen oder literarischen Beiträgen daran teil. Hier können sie ihre Ideen zu Europa entwickeln und ihre Kreativität unter Beweis stellen – gemäß dem europäischen Motto „In Vielfalt geeint“.

Europa in der Schule

Tolle Preise winken beim Europäischen Wettbewerb von „Europa in der Schule“, der jedes Jahr zeitgleich in 34 europäischen Staaten stattfindet – Reisen nach Berlin und Straßburg zum Beispiel. Dieses Jahr lautet das Motto „Chancengleichheit für alle“. Organisiert wird er in Deutschland vom Zentrum für Europäische Bildung (ZEB) im überparteilichen Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland (EBD), dem rund 130 Organisationen aus fast allen gesellschaftlichen Bereichen angehören – auch die Europa-Union Deutschland, bei der jeder Mitglied werden kann. Infos zu „Europa in der Schule“ unter: www.europaer-wettbewerb.de



Mit Langem Atem zur Eurodistrikt-Schule

Sibylle Laurischk (FDP)

Nach dem Fall der Mauer 1989 habe ich viel Besuch von Verwandten aus der DDR bekommen. Jahrzehntlang war das ja nicht möglich gewesen. Einmal haben wir zusammen einen Ausflug nach Frankreich gemacht. Für diese Menschen, die bis dahin nie frei reisen konnten, war das eine ganz wichtige Erfahrung. Ich erinnere mich noch genau, wie sie mich während der Autofahrt fragten, wann denn die Grenzkontrolle komme. Und es gar nicht glauben konnten, als ich sagte: Wir sind schon mitten in Frankreich!

Dieses Erlebnis hat mir eindrücklich vor Augen geführt, was es bedeutet, sein Leben in geschlossenen Grenzen zubringen zu müssen. Und umgekehrt: Welch Riesenglück ein Europa ohne Grenzkontrollen ist. Für mich als Liberale ist das auch eine Form von Freiheitsdenken: Das Zeitalter Europas ist das Zeitalter, ohne Grenzen denken zu müssen und denken zu dürfen. Im europäischen Grundgedanken, dass ein unkompliziertes Miteinander, ein wechselseitiges Lernen, ein offener Austausch zwischen den verschiedenen Nationen möglich ist, liegt unsere große Chance – in persönlicher wie in wirtschaftlicher Hinsicht.

Deshalb setze ich mich als Abgeordnete des Wahlkreises Offenburg, der ja direkt an Frankreich grenzt, sehr für die

Schaffung des Eurodistrikts Straßburg-Kehl ein. Er soll Europa auf kommunaler Ebene umsetzen und den Menschen beiderseits der Grenze ganz konkrete Vorteile bringen. So sollen Telefongespräche innerhalb des Eurodistrikts zum Ortstarif angeboten werden. Mein Kollege auf französischer Seite hat zudem angeregt, im Gesundheitswesen enger zu kooperieren.

Ganz begeistert bin ich von der Idee eines Vereins in meinem Wahlkreis, eine Eurodistrikt-Schule in freier Trägerschaft zu gründen. Sie soll zu gleichen Teilen deutsche und französische Schüler aufnehmen, die gemeinsam auf Französisch und Deutsch unterrichtet werden. Ziel ist natürlich, die Zweisprachigkeit zu fördern. Und die Jugendlichen sollen lernen, dass es verschiedene Sichtweisen zu ein und demselben Thema geben kann – je nach nationaler Prägung.

Diese Schule halte ich für sehr wichtig. Denn das Zusammenwachsen Europas funktioniert nur, wenn wir ein Verständnis für die unterschiedlichen kulturellen Eigenarten entwickeln. Leider ist die Finanzierung der Eurodistrikt-Schule

Sibylle Laurischk (FDP),

Jahrgang 1954, ist seit 2002 Mitglied des Bundestages. Sie ist ordentliches Mitglied des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement. Als Abgeordnete des an Frankreich grenzenden Wahlkreises Offenburg engagiert sie sich für die Schaffung eines Eurodistrikts Straßburg-Kehl. sibylle.laurischk@bundestag.de
www.laurischk.de

noch keineswegs gesichert. Zudem stehen die staatlichen Schulverwaltungen in beiden Ländern dem Vorhaben eher skeptisch gegenüber. Da zeigt sich auch im Kleinen mal wieder: Wer sich für Europa engagiert, braucht einen langen Atem.



Eurodistrikt Straßburg-Kehl

In der Gemeinsamen Erklärung des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac und des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages heißt es: „Wir unterstützen die Schaffung eines Eurodistrikts Straßburg-Kehl mit guter Verkehrsanbindung, um neue Formen der Kooperation zu erforschen und europäische Institutionen aufzunehmen, und rufen zur Schaffung weiterer Eurodistrikte auf.“ Nun ist der Ball bei Politikern und Bürgern. In naher Zukunft sollen im Eurodistrikt gemeinsame Maßnahmen verwirklicht werden, etwa beim öffentlichen Nahverkehr, der Müllbeseitigung oder bei kulturellen Veranstaltungen. Große Infrastrukturmaßnahmen sollen grenzüberschreitend geplant und abgestimmt werden.

www.eurodistrikt.de

Europa ist größer als die EU

Alexander Ulrich (Die Linke.)



Der Mauerstreifen in Berlin – für mich ist er ein eindrucksvolles Symbol nicht nur für die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern auch für die Europas. Ein Europa übrigens, das viel größer ist als die Europäische Union. Das wird mir immer wieder bewusst, wenn ich an den Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats teilnehme. Dieser Organisation sind nach dem Fall der Mauer fast alle osteuropäischen Länder beigetreten. Heute gehören ihr 46 Länder an, und längst nicht alle sind Mitglied in der EU.

Vier Mal im Jahr kommen die Mitglieder dieser Parlamentarischen Versammlung – 315 Abgeordnete aus den

nationalen Parlamenten der Mitgliedsstaaten – in Straßburg zusammen, wo der Europarat seinen Sitz hat. Diese Treffen mit Kollegen aus anderen europäischen Ländern finde ich ungemein spannend. Da werden oft ganz andere Themen diskutiert als auf EU-Ebene, wo sich vieles um wirtschaftliche Fragen dreht.

Im Europarat hingegen geht es um Demokratie und Menschenrechte. Einige osteuropäische Länder weisen in dieser Hinsicht ja noch Defizite auf. Sie in ihren Bemühungen zu unterstützen, diese Defizite abzubauen, ist meiner Meinung nach ganz wichtig für ein friedliches Zusammenleben eben nicht nur innerhalb der EU, sondern des gesamten Kontinents.

Als großen Vorteil erlebe ich die Kontakte mit Parlamentariern anderer europäischer Länder auch für meine eigene politische Arbeit – einfach weil sich der eigene Blickwinkel deutlich erweitert. Viele politische Fragen lassen sich heute leichter beantworten, wenn man eine europäische Sichtweise einnimmt. So haben mir zum Beispiel Abgeordnete linker Parteien aus anderen Ländern

über die positiven Auswirkungen berichtet, die die Einführung eines Mindestlohns bei ihnen zu Hause hatte. Diese Beispiele bestätigen die Richtigkeit und Notwendigkeit, für unser Land einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro zu fordern. Eine politische Forderung, für die sich unsere Fraktion im Bundestag einsetzt.

Auch die Europäische Union muss meiner Meinung nach sozialer gestaltet werden. Viele Regierungen betrachten die EU lediglich als gigantischen Markt, von dem vor allem die Industrie profitiert. Mein Traum hingegen ist es, dass wir es schaffen, innerhalb der EU für einen sozialen Ausgleich zu sorgen. Ein Europa, in dem die Menschen und ihre Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen, in dem Armut und Reichtum nicht in gleichem Maße wachsen, sondern sich einander annähern, ein Europa, in dem alle die gleichen Bildungschancen haben und Hautfarbe, Herkunft und Religion keine Rolle mehr spielen: Ein solches Europa wünsche ich mir für meine Kinder.

Alexander Ulrich (Die Linke.),

Jahrgang 1971, ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und dort Obmann seiner Fraktion im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Er ist Mitglied der deutschen Delegation für die Parlamentarische Versammlung des Europarates.

alexander.ulrich@bundestag.de
www.mdb-alexanderulrich.de

Der Europarat

Als „demokratisches Gewissen Europas“ wird der Europarat gern bezeichnet. Denn seit seiner Gründung 1949 setzt er sich für die Förderung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit ein. Dem Europarat gehören heute 46 Länder an und damit bis auf Weißrussland alle europäischen Staaten. An seiner Arbeit wirken Abgeordnete der nationalen Parlamente aller Mitgliedsländer mit. Gemeinsam bilden sie die Parlamentarische Versammlung (PV) des Europarats, die vierteljährlich in Straßburg zusammenkommt. Mehr Informationen, auch zu Führungen und Studienprogrammen: www.coe.int



Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen)

Klassenfahrt an die Front

Um die Ecke meiner Berliner Wohnung in Kreuzberg liegt der „Zickenplatz“, wie der Hohenstaufenplatz im Berliner Volksmund genannt wird. Da sitze ich sehr gern und schaue dem bunten Treiben zu. Es gefällt mir, dass dort Menschen aus vielen verschiedenen Ländern herumlaufen und niemand fragt, wo man herkommt. Dieses Sprachenwirrwarr, dieses selbstverständliche Nebeneinanderdürfen vieler Nationen – das ist für mich Europa.

Vielleicht nehme ich solche Dinge etwas anders, bewusster wahr als viele Menschen, die hier aufgewachsen sind. Denn ich weiß, was Krieg bedeutet. Als Kind habe ich den gesamten Iran-Irak-Krieg erlebt. Ich war zwölf Jahre alt, als uns ein Lehrer, ein fanatischer religiöser Eiferer, auf Klassenfahrt an die Front geschleppt hat. Dort haben wir mit Kanonen auf die feindlichen Stellungen geschossen. Unsere Eltern wussten davon natürlich nichts.

Ein Jahr später sind meine Eltern mit meiner Schwester und mir nach

Deutschland gezogen. Hier war alles so friedlich, so schön. Doch vielen Leuten ist das gar nicht aufgefallen. Die haben oft gar nicht gemerkt, in was für einem Paradies sie leben. Natürlich wünsche ich niemandem die Erfahrung eines Krieges. Aber ich glaube, dass viele Menschen in Deutschland das Wunder des Friedens und die Errungenschaften der Demokratie für allzu selbstverständlich halten.

Dabei kann man den Erinnerungen an die beiden Weltkriege in Deutschland doch gar nicht entgehen: Überall Mahnmale für die deportierten Juden, die gefallenen Soldaten, die Bombenopfer. Dass die Deutschen heute in Frieden mit ihren Nachbarn leben, das haben wir der europäischen Einigung zu verdanken.

Dass die EU auf viele Menschen so langweilig wirkt, tut mir deshalb manchmal fast ein wenig weh. Ich träume davon, dass es irgendwann eine richtige europäische Öffentlichkeit gibt. Da ist noch viel zu tun. Man könnte

zum Beispiel im deutschen Fernsehen Debatten aus dem Europäischen Parlament live übertragen.

Zum Glück gibt es aber heute schon gerade unter den Jüngeren viele, die sich für den europäischen Gedanken begeistern und engagieren. Zum Beispiel die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF). Bei denen bin ich seit einigen Jahren Mitglied, weil ich es phantastisch finde, dass es eine solche Lobbygruppe junger Menschen für Europa gibt. Wir JEFler setzen uns für ein starkes Europa mit einer starken europäischen Identität ein, weil dies die einzige Garantie gegen nationale Wahnphantasien ist.



Junge Europäische Föderalisten e. V.

Es war eine spektakuläre Aktion: 1950 zersägten junge Menschen Schlagbäume an der deutsch-französischen Grenze, um für ein vereintes Europa zu demonstrieren; die Bilder gingen um die Welt. Für ihr Ziel – ein demokratisches und bürgernahes Europa – setzen sich die Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland e. V. (JEF) bis heute ein. Mit der Europa-Union Deutschland und dem Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland arbeitet der parteipolitisch unabhängige Jugendverband, dem in Deutschland etwa 3.500 Mitglieder angehören, eng zusammen. www.jef.de

Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen),

Jahrgang 1975, ist Mitglied des Deutschen Bundestages seit dem 1. September 2006 (nachgerückt für den ausgeschiedenen Abgeordneten Joschka Fischer) und dort ordentliches Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Er ist Mitglied bei den Jungen Europäischen Föderalisten, engagiert sich in der Europa-Union. Gemeinsam mit dem ehemaligen JEF-Bundesvorsitzenden Jan Seifert und der jüngsten MdB Anna Lührmann hat er einen Entwurf für eine europäische Verfassung geschrieben.

omid.nouripour@bundestag.de
www.nouripour.de

Europas Weg zur Demokratie

Die Geschichte der Demokratie ist Teil der europäischen Geschichte. Bereits in der Antike wurden Ideen und Normen entwickelt, die für heutige demokratische Gemeinwesen selbstverständlich sind: Eine vom Volk ausgehende Herrschaft, Gleichheit vor dem Gesetz, Menschenrechte, Gewaltenteilung.

500 v. Chr.

Attische Demokratie

Die Demokratie im antiken Athen ist das erste Gemeinwesen, in dem die Bürgerschaft (Demos) politische Entscheidungen fällt. Ab 508 v. Chr. führen die Athener die direkte Volksherrschaft ein, nachdem die Herrschaft des Adels in eine Krise geraten war. Die freien Bürger des Stadtstaates (Polis) versammeln sich regelmäßig und beschließen per Abstimmung Gesetze, wählen Amtsträger und setzen Richter ein. Frauen, Sklaven und Bewohner ohne Bürgerstatus sind allerdings ausgeschlossen. Ein besonderes Verfahren ist das Scherbengericht, mit dem politische Führer für zehn Jahre verbannt werden können.



Mittelalterliche Stadtrepubliken

„Stadtluft macht frei“, heißt es im Mittelalter. Während die meisten Bauern auf dem Lande noch die Leibeigenschaft ertragen müssen, entwickeln sich gegen Ende des 12. Jahrhunderts zunächst in Italien frühe Formen der städtischen Selbstregierung. Städte wie Florenz, Genua oder Mailand sichern sich Unabhängigkeit von Kaiser und Papst. Räte aus angesehenen Bürgern führen die politischen Geschäfte. Den ansässigen Bürgern werden Eigentums- und persönliche Freiheitsrechte sowie Wahl- und Zustimmungsrechte gewährt. Auch freie Reichsstädte in Deutschland wie Köln oder Speyer übernehmen diese Prinzipien.

12. Jh.

Bill of Rights in England

Der König steht nicht über dem Gesetz – das wird erstmals in der englischen Bill of Rights festgeschrieben, nachdem jahrhundertlang Parlament und Monarch um die Macht gerungen hatten. 1689 verabschieden Oberhaus und Unterhaus die Declaration of Rights, die dann vom Königspaar Wilhelm III. von Oranien und Maria II. als Gesetz anerkannt wird. Die Bill of Rights ist ein bedeutendes Dokument in der Geschichte des Parlamentarismus. Der König muss nun regelmäßig das Parlament einberufen, das bei der Steuerpolitik ebenso wie beim Unterhalt des Heeres Zustimmungsrechte hat. Erstmals wird Redefreiheit und Immunität der Abgeordneten verbürgt.



Amerikanische Verfassung

Amerika ist nicht Europa? Das stimmt nur geografisch. Denn es sind zwölf ehemalige britische Kolonien, die sich im Unabhängigkeitskrieg (1775–1783) vom Mutterland gelöst haben und am 17. September 1787 die älteste heute noch gültige schriftliche demokratische Verfassung beschließen. Sie steht unter dem Einfluss der Aufklärung und des europäischen demokratischen Denkens seit der Antike und wird zum Vorbild europäischer Demokratiebewegungen und demokratischer Verfassungen weltweit. Kennzeichnend sind das Prinzip der Gewaltenteilung („checks and balances“), das Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit und ein föderaler Staatsaufbau.



Erzählen

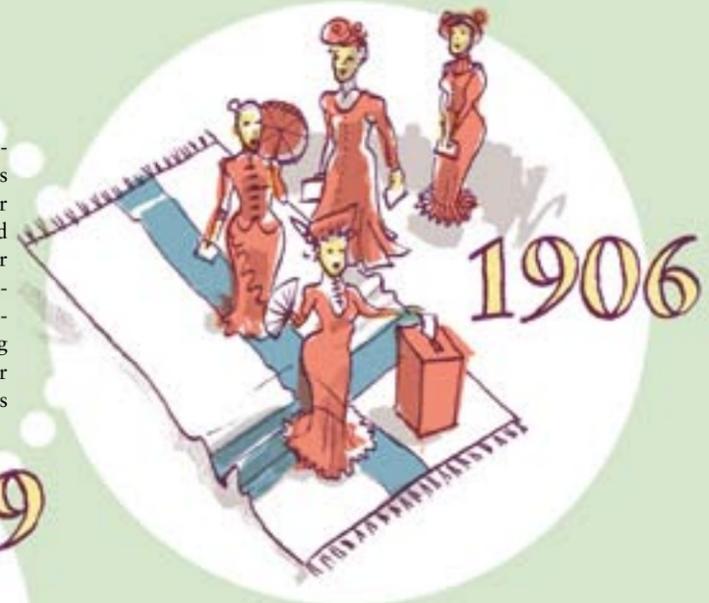


Französische Revolution

Der Sturm auf die Bastille am 14. Juli 1789 markiert den Beginn der Französischen Revolution, einem der wichtigsten Wendepunkte in der Geschichte Europas. Bereits im Juni 1789 haben sich bei der Versammlung der Generalstände die Vertreter des Bürgertums, der „dritte Stand“, zur Nationalversammlung erklärt. Diese verkündet am 26. August 1789 die erste europäische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. Die Königsherrschaft wird eingeschränkt, die Vorrechte von Adel und Kirche abgeschafft. Zunächst entsteht eine parlamentarische Monarchie, 1793 setzt jedoch die blutige jakobinische Terrorherrschaft ein, die alle demokratischen Hoffnungen zunichte macht.

Frauenwahlrecht

Noch Anfang des 20. Jahrhunderts ist Politik reine Männersache. 1906 führt Finnland – zu dieser Zeit ein russisches Großfürstentum – das aktive und passive Wahlrecht für Frauen ein. Frauen können erstmals in Europa wählen und gewählt werden. Vorangegangen war ein langer Kampf der Frauenbewegung, seit Olympe de Gouges in ihrer „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ während der Französischen Revolution erstmals die volle Gleichberechtigung forderte. Nach und nach folgen andere europäische Länder dem Beispiel Finnlands (Deutschland 1918), den Abschluss bildet 1984 Liechtenstein.



1979



Erste Europawahl

Parlamentswahlen sind traditionell Sache von Nationalstaaten. 1979 ruft mit der Europäischen Gemeinschaft erstmals ein zwischenstaatliches politisches Gebilde zur Direktwahl einer Volksvertretung auf. Die Bürger der damals neun Mitgliedsstaaten können vom 7. bis 10. Juni 1979 ihre Stimme für das Europäische Parlament abgeben, dessen Mitglieder zuvor von den nationalen Parlamenten entsandte Abgeordnete waren. Nachdem seit 1971 die Versammlung bereits an der Aufstellung des Gemeinschaftshaushalts beteiligt ist, ist die Direktwahl ein weiterer wichtiger Schritt hin zu einem „wirklichen“ europäischen Parlament.



Hat Europa Grenzen?

Kontinent, Kommission, Kultur: Was meinen wir, wenn es um Europa geht? Das Glasklar-Gespräch mit drei Experten aus drei Ländern.

Die einen denken bei Europa an ein grenzenloses Vergnügen, an internationale Studiengänge, Erasmus-Partys und paneuropäische Freundeskreise. Für andere ist es die Union, bedeutet es Bürokratieirrsinn und Regulierungswut. Manche haben Angst davor, zum Beispiel vor dem „polnischen Klemptner“. Wie viel Europa brauchen wir eigentlich? Und wie viel EU braucht Europa? Lavinia aus Rumänien, Lucie aus Frankreich und Matthias aus Deutschland haben sich zusammengesetzt und Europa nach ihren eigenen Richtlinien vermessen.



Lavinia Lazar, 23 Jahre, ist in Siebenbürgen, Rumänien, aufgewachsen. Ihre Muttersprache ist rumänisch. Dass ihre Eltern sie dort auf eine deutsche Schule schickten, fand sie anfangs gar nicht lustig. Inzwischen ist sie froh darüber. Sie hat schon ein Studium hinter sich, ein Jahr wohnte sie in Frankreich und ein halbes Jahr in Prag. Jetzt studiert sie Angewandte Literaturwissenschaft in Berlin.

Glasklar: Lavinia, du hast in vier europäischen Ländern gewohnt, sprichst fünf Sprachen. Bist du noch Rumänin oder schon Europäerin?

Lavinia: Ich bin Rumänin geblieben und Europäerin geworden. Ich identifiziere mich mit Europa mehr als vorher. Heute ist „mein Europa“ ein Zusammenspiel von Erfahrungen und Erkenntnissen, die über Landesgrenzen hinausgehen, die aber ohne diese Grenzen auch nicht als so vielfältig zu denken wären. Zum Beispiel ist mein Europa der Jugendstil in Prag, Budapest, Berlin und Cluj, der jeweils seine eigene Prägung hat, aber doch Jugendstil

bleibt. Und damit eine europäische Kunstrichtung ist.

Glasklar: Du studierst europäisches Recht, Lucie. Was fasziniert dich an Europa?

Lucie: Die Europäische Gemeinschaft ist noch ganz neu. Es ist spannend zu lernen, wie so viele Staaten versuchen, ein einheitliches Recht zu schaffen.

Glasklar: Matthias, was bedeutet Europa für dich?



Matthias: Ich erlebe, dass die Grenzen zum Teil völlig verschwinden. Ich kann überall hin, ohne meinen Pass vorzeigen zu müssen. Ich treffe jeden Tag Europäer. Bei Café Babel sind Leute aus allen Nationen dabei. Und meine Freundin ist Griechin.

Glasklar: Auf welchen europäischen Baustellen werkt ihr gerade?

Lavinia: Beim „Studienkolleg zu Berlin“ mache ich ein Projekt zum niederländischen Integrationsmodell. Zusammen mit sechs anderen Kollegiaten aus der Schweiz, Russland, Finnland, Italien, Spanien und Deutschland untersuche ich, ob dieses einst so tolerante und liberale Modell gescheitert ist. Dafür reisen wir im März nach Amsterdam und interviewen Vertreter aus Politik, Medien und sozialen Einrichtungen.

Matthias: Ich bin Redaktionsleiter vom europäischen Onlinemagazin Café Babel in Berlin. Lokalredaktionen gibt es in 20 Ländern. Die Zentralredaktion sitzt in Paris. 500 Leute gehören zu diesem Netzwerk, die übersetzen und Artikel schreiben.

Lucie: Ich habe vier Jahre lang in Paris das deutsche und französische Recht studiert, bin jetzt an der Uni Potsdam. Ich bereite meinen Abschluss vor und schreibe eine Arbeit über Europarecht – auf Deutsch und Französisch.

Glasklar: Was ist das eigentlich, Europa?

Matthias: Der Kontinent ist in den Hintergrund gerückt. Heute wird Europa als Synonym für die EU gebraucht. Das ist aber falsch. Zum Beispiel berichtet Café Babel über Themen wie das Lebensgefühl in Europa insgesamt. Das geht über die Grenzen der EU hinaus.

Glasklar: Und wer sollte zu Europa gehören?

Lucie: Natürlich nicht jedes Land, wenn man jetzt die Europäische Union meint. Dafür gibt es bestimmte Kriterien, wie die Wahrung der Menschenrechte. Möglicherweise kann die Türkei diese Bestimmungen eines Tages erfüllen, aber auch das reicht nicht aus. Die Frage ist doch: Was will Europa?

Matthias: Europa sollte klein anfangen und sich auf den europäischen Kontinent beschränken. Der ist allerdings schwer abzugrenzen, denn Europa und Asien sind die einzigen Kontinente, die sich eine Landgrenze teilen und nicht durch einen Ozean getrennt werden. Europa zunächst darauf zu beschränken, reicht aus und ist auch realistischer. Andererseits sagte der österreichische Schriftsteller Robert Menasse der Wochenzeitung Die Zeit in einem Interview, es gäbe gute Gründe für eine Europäisierung der Welt.

Lavinia: Ui.

Matthias: Aus dem Aufklärungsgedanken heraus. Aus dem Gedanken, dass nur in Europa – und in den USA – die Idee der Menschenrechte entstanden ist. Das ist etwas, das würdig ist, exportiert zu werden.

Lucie: Werden wir zu groß, bekommen wir ein Problem, wenn wir eine „Union“ bleiben wollen.

Matthias: Ja, ich sehe da auch realpolitische Probleme, ganz klar. Aber dieser Gedanke von der Vereinigung der Welt ist etwas Ideelles.





Workshops trafen. Einen Abend waren wir am Strand, haben ein Quiz gespielt, natürlich mit Europafragen, und hatten genug Getränke und Knabberereien dabei. Plötzlich standen zwei Amerikaner mitten unter uns und haben gefragt, ob sie sich dazusetzen könnten. Sie sind den Strand auf und ab gegangen, um sich einer Gruppe anzuschließen. Bei uns haben sie geglaubt, den meisten Spaß haben zu können. Da habe ich gesehen, welche positive Ausstrahlung diese internationale Vernetzung haben kann.

Glasklar: Was bedeutet die EU für euer Land, welche Wirkungen seht ihr?

Lucie: Ein Beitrag der EU für Frankreich betrifft den Haushalt. Mit den Warnungen aus Brüssel wird Frankreich vor noch mehr Verschuldung geschützt.

Matthias: Für Deutschland bedeutete die EU historisch erst mal eine Eingliederung in die westliche Gemeinschaft. Und dazu verhilft die EU Deutschland zu einer wichtigeren Stellung in der Welt, in der man gemeinsam auftreten kann. Mit Angela Merkel als EU-Ratspräsidentin und dem G8-Gipfel.

Lavinia: Es gibt auch Nachteile. In Rumänien kann es passieren, dass die vielen kleinen Bauern und deren traditionelle Betriebe verschwinden. Das fängt beim Schnaps an: Bisher hat in Rumänien so gut wie jeder Haushalt seinen eigenen Schnaps hergestellt. Nun darf man das nicht mehr oder nur noch unter bestimmten Auflagen. Das gleiche gilt für den Ziegenkäse.

Lucie: Es gibt viele Forderungen an die EU: weniger Bürokratie, mehr Bürgernähe. Die EU ist noch im Entwicklungsstadium. Im Moment hängt sie

fest – irgendwo zwischen Demokratie und Bürokratie.

Glasklar: Was ist mit dem Schlagwort von der „Festung Europa“? Im Innern herrscht Frieden und Wohlstand. Davon träumen natürlich auch viele Menschen aus anderen Teilen der Welt, können aber nicht einfach daran teilhaben.

Lucie: Selbstverständlich soll Europa kein geschlossener Wohlstandsclub sein.

Matthias: Mit einer Festung Europa staut man die Probleme in der Welt nur außen auf, bis sie mit aller Wucht über uns hereinbrechen. Tatsächlich braucht Europa die Welt. Ich würde es begrüßen, wenn Europa sich offen zeigt.

Lavinia: Ich glaube nicht, dass Europa eine Festung sein sollte, glaube aber auch nicht, dass lauter Dritte-Welt-Länder dazugehören wollen. Im Prinzip hätte ich nichts dagegen, etwa Syrien in der EU zu wissen, wenn es sich an die demokratischen Grundsätze hält, an die Menschenrechte. Außerdem wäre es vielleicht strategisch gar nicht schlecht, ein Standbein in einem ganz anderen Kulturkreis und auf einem ganz anderen Markt zu haben.

Glasklar: Die Menschen in Europa werden mobiler. Aber was ist mit einer gemeinsamen Öffentlichkeit und europäischen Medien?

Matthias: Café Babel ist paneuropäisch. Es erscheint in sieben



Matthias Jekosch, 26 Jahre, ist Berliner Redaktionsleiter des europäischen Nachrichtenmagazins Café Babel. Außerdem schreibt er für den Tagesspiegel und Die Zeit. Nebenbei macht er seinen Magister an der Humboldt-Uni, in Germanistik, Medien- und Kulturwissenschaften. Europa hat er auch privat, seine Freundin ist Griechin.

Lavinia: Ich finde es komisch, Europa nur mit dem Gedanken der Menschenrechte gleichzusetzen. Für mich ist Europa mehr als Menschenrechte, Demokratie und Christentum. Europa und die europäische Identität kann man nicht einfach so benennen. Dadurch wird sie künstlich konstruiert. Man versucht, etwas zu bauen. Wie man vor hundert Jahren Nationalstaaten bauen wollte.

Matthias: Es ist doch viel schöner, wenn es viele verschiedene Identitäten innerhalb Europas gibt.

Glasklar: Kann man denn auf Europa stolz sein?

Lucie: Wie man auf sein Land stolz sein kann? Ich finde schon. Der Grundgedanke lautet: „in Vielfalt geeint“. Wir wollen etwas zusammen schaffen, aber es ist wichtig, dass jedes Land seine eigene Kultur behält.

Matthias: Stolz ist natürlich ein schwieriger Begriff. Wahrscheinlich ist das mein typisch deutsches Problem. Ich bin einfach glücklich und froh, in Europa und in Deutschland zu leben.

Lavinia: Es ist schwer, auf Europa stolz zu sein, wenn man bedenkt, was Europa im 20. Jahrhundert verursacht hat, angefangen bei den Weltkriegen. Andererseits kann man auch stolz sein, dass nach diesen Weltkriegen sich kei-

ner in Europa mehr vorstellen kann, solche Kriege noch mal zu führen.

Glasklar: Politisch wird Europa meist mit der Europäischen Union gleichgesetzt. Was haltet ihr von der EU?

Matthias: Wie Lavinia sagt: Wir haben es geschafft, keinen Krieg mehr zu führen. Das ist eine Leistung. Obwohl es genau genommen in Europa noch Kriege gab. Vielleicht sagt man besser, wir haben einen relativen Frieden geschaffen.

Lucie: Rein wirtschaftlich ist es für mein Land ein Geschenk, zur EU zu gehören. Und die neuen Länder bringen wieder Energie in die Union. Davon profitiert auch Frankreich.

Matthias: Ich finde gut, dass viele Länder unter einem Dach Probleme angehen, die sie allein nicht lösen könnten. Mit Ausnahme von einigen politisch starken Ländern wie Deutschland oder Frankreich. Das sind Probleme wie etwa der Klimaschutz. Der macht nicht vor den Grenzen halt, das ist kein nationales, sondern ein globales Problem. Auf der anderen Seite ist die EU wirtschaftlich stark, aber politisch eher schwach. Da muss sie ihren Platz in der Welt erst noch finden.

Glasklar: Was erhofft ihr euch von der Erweiterung der EU?

Lavinia: Ich hoffe, dass in Rumänien endlich auch EU-Regeln gelten. Für den Beitritt wurden sie ja schon umgesetzt. Jetzt müssen sie aber auch wirken. Damit meine ich Lücken in der rumänischen Gesetzgebung oder Gesetze, die durch Korruption einfach umgangen werden. Zum Beispiel der Umweltschutz: Ich hoffe, dass sich Rumänien jetzt durch den Beitritt auch an wichtige Regelungen halten wird. Man darf zwar seit einigen Jahren ohne Katalysator nicht mehr in Rumänien fahren. Trotzdem kommen immer noch viele Autos ohne Katalysator durch den TÜV.

Matthias: Wir von Café Babel in Deutschland wollen dieses Jahr unter das Motto stellen: „Im Osten was Neues – Impulse für Europa?“ Damit wollen wir der Frage auf den Grund gehen, ob der Osten frischen Wind in die EU bringen kann. Und ob die EU sich positiv auf die neuen Länder auswirkt.

Lavinia: Viele denken ja bei der Erweiterung an die Türkei. Aber ich denke an Russland. Warum nicht auch die Russen? Die sind doch viel europäischer. Da ist eher eine gemeinsame Basis da, weniger ein Zusammenprall der Kulturen. Aber grundsätzlich bin ich auch für einen Türkeibeitritt.

Lucie: Wir hatten in Frankreich auch eine Debatte über eine Erweiterung. Die Franzosen zittern vor dem „polnischen Klempner“. Der zieht in den Wes-

ten, wo er mit den Arbeitsbedingungen seines Landes arbeiten kann. Er schlägt seine französischen Kollegen durch Qualität und Preis; dadurch sinkt das Preisniveau.

Matthias: Diese Angst gibt es in Deutschland auch. Ich war für eine Reportage auf einem Bauernhof in der Nähe von Berlin. Der Besitzer meinte, wenn er zum Spargelstechen keine Polen oder Osteuropäer einstellen könnte, müsste er den Betrieb dichtmachen. Obwohl das oft als Ausrede benutzt wird.

Glasklar: Sind die jungen Menschen heute europäischer?

Matthias: Es ist viel natürlicher geworden, sich in der europäischen Welt zu bewegen. Es gibt Billigflieger, Erasmus-Austauschprogramme und internationale Studiengänge. Aber es gab auch davor schon europäische Bewegungen und Europäer.

Lucie: Wenn man europäische Erfahrungen gemacht hat, fällt es einem leichter, sich Europäer zu nennen. Zum Beispiel Erasmus-Programme: Ich habe eine Freundin, die zurzeit in Rom wohnt. Sie hat eine Party gegeben und Studenten aus ganz Europa eingeladen. Alle haben T-Shirts getragen, auf denen stand: „Mein Land ist Europa.“

Matthias: Witzig fand ich, als sich einige von Café Babel in Barcelona für



Sprachen. Im Oktober war ich bei einer Diskussion mit Werner D'Inka, dem Herausgeber der FAZ. Der erzählte, dass sie Ende der 80er Jahre eine Europabeilage produzierten. Die wurde ganz schnell eingestampft, weil sie angeblich niemanden interessierte. Das Desinteresse liegt auch daran, dass kaum jemand die Gesichter der EU kennt.

Lucie: An vielen Rumänen ist der EU-Beitritt vollkommen vorbeigegangen. Aber für junge Leute ist der doch richtig gut. Es gibt Reisefreiheit, man kann leichter im Ausland studieren. Man hätte die EU besser erläutern müssen.

Matthias: Das gleiche Problem haben wir in Frankreich: Viele haben 2005 den Verfassungsentwurf abgelehnt, weil er ihnen nicht ausreichend erklärt wurde. Ist die EU-Verfassung höher gestellt als die Landesverfassung? Ist das

französische Recht jetzt ungültig? Kaum jemand weiß, was die EU ist.



Lucie Laithier, 22 Jahre, kommt aus Ostfrankreich. Sie studiert Europäische Rechtswissenschaften in Nanterre (bei Paris) und in Potsdam und schreibt wissenschaftliche Arbeiten auf Deutsch und Französisch. Später möchte sie für eine europäische Organisation arbeiten oder Professorin werden. Dann würde sie im nächsten Jahr ihre Doktorarbeit beginnen.

Glasklar: Und was ist nun Europa oder typisch „europäisch“?

Matthias: Vielleicht ist es europäisch, dass die Menschen Grundvertrauen in einen Sozialstaat haben, der für sie da ist.

Lavinia: Auf jeden Fall reicht das Wort „Vielfalt“ für Europa nicht aus. Vielfalt ist ein Schutzbegriff. Wenn wir etwas nicht beschreiben können, sagen wir Vielfalt.

Glasklar: Wie sollte Europa in 20 Jahren sein?

Lucie: Europa sollte eine politische Stimme in der Welt haben. Ich wünsche mir, dass meine Kinder schon in der Schule ganz viel über die anderen EU-Länder lernen. Und das der Dialog zwischen den Kulturen selbstverständlicher wird.

Matthias: Europa sollte Lösungen finden für nationenübergreifende Probleme wie Klimawandel und Arbeitslosigkeit. Lösungen dafür, wie Europa

mit seinen Nachbarn umgeht, mit Menschen, die nach Europa kommen, ohne sie als „Illegale“ abzustempeln. Wir brauchen Zuwanderung, schon allein wegen des demografischen Wandels.

Lavinia: Es wäre schön, wenn sich Europa in den Konflikten mit der islamischen Welt positionieren könnte. Und wenn es zu einem friedlichen Zusammenleben kommt zwischen Europa, Amerika und den islamischen Ländern.

Glasklar: Wo wollt ihr mal leben?

Lucie: Ich möchte gerne im Ausland leben. Aber nicht für immer, ich würde den französischen Käse vermissen.

Matthias: Das ist ganz offen.

Lavinia: Irgendwo in Europa.

Das Gespräch führte Lydia Harder. Fotos: Photothek



Willkommen im Club!

Die Europäische Union schaut nach Osten: Beitrittsländer und Bewerber für eine EU-Mitgliedschaft im Überblick.

STREITEN



EU-Beitritt 2007

Am 1. Januar 2007 sind **Rumänien** und **Bulgarien** der EU beigetreten, die nun 27 Mitglieder umfasst. Für die beiden Staaten gelten zahlreiche Übergangsregelungen, so sind Agrarexporte zunächst beschränkt. Alle sechs Monate müssen sie berichten, ob die verschiedenen Auflagen bei Justiz, Umwelt oder Sicherheit umgesetzt werden.

Beitrittsverhandlungen

Am 3. Oktober 2005 wurden mit **Kroatien** und der **Türkei** die Beitrittsverhandlungen eröffnet. Während der Beitrittsverhandlungen haben die Länder die Möglichkeit, sich auf die Mitgliedschaft vorzubereiten. Die Fortschritte der Anpassung an die EU-Normen werden genau beobachtet. Ziel ist der Abschluss eines Beitrittsvertrages.

Beitrittskandidat

Mazedonien wurde mit Beschluss des Europäischen Rates vom 16. Dezember 2005 zum Beitrittskandidaten. Um Kandidat zu werden, muss ein Staat dies beantragen und die Kopenhagener Kriterien erfüllen, die politische und wirtschaftliche Mindestanforderungen definieren. Ziel ist die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen.

Potenzielle Bewerber

Die EU hat vier Staaten als mögliche Beitrittskandidaten benannt: **Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Albanien** und **Serbien** (einschließlich des Kosovos gemäß der Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen). 2003 hatte die EU die Integration der Staaten des früheren Jugoslawiens als Fernziel definiert.

Illustration: Martin Haussmann

Mit den Augen der anderen

Wie Menschen von anderen Kontinenten Europa sehen

Sie kommen aus den USA, aus China, Syrien und Liberia: Vier junge Leute aus vier verschiedenen Ländern und Kulturkreisen, die zurzeit in Deutschland leben. Glasklar hat gefragt, wie man in ihrer Heimat über Europa denkt, mit welchen Erwartungen sie nach Europa kamen und wie sie es heute erleben. Phantasien, Hoffnungen und Erlebnisse rund um einen fremden Kontinent von Celine und Zhu, Faris und Caitlin.

Protokolle: Johanna Metz
Fotos: Anke Jacob

„Europa ist für viele das Paradies“

Faris Alahmed, 25 Jahre alt, kommt aus Syrien und studiert seit dreieinhalb Jahren Wirtschaftsingenieurwissenschaften an der Technischen Universität Berlin. Er ist Sohn eines Syrers und einer Deutschen. In seiner Kindheit hat er Deutschland zweimal in den Ferien besucht, bis er zum Studium hierher kam.



Europa, vor allem Westeuropa, halten viele Syrer für das Paradies. Sie glauben, hier wäre alles schön – es gibt Arbeit für alle, Geld, Freiheit und eine sozialere Gesellschaft. Die wenigen, die es kennengelernt haben, haben ein sehr viel realistischeres Bild. Denn sie haben erfahren, dass Europa auch wirklich hart sein kann, vor allem, wenn man keine Arbeit findet und kein Geld hat. Und das geht vielen so, die hierher kommen.

Trotzdem traut sich kaum einer, wieder nach Syrien zurückzukehren. Die Familien der Auswanderer würden es gar nicht verstehen. Sie glauben: Wer nach Europa geht, muss es schaffen, es ist ganz einfach. Die Leute bleiben also hier und versuchen, irgendwie über die Runden zu kommen. Aber sie sind enttäuscht. Viele fühlen sich ausgeschlossen.

Ich kann dieses Gefühl des Ausschlossenseins auch gut verstehen, aus einem anderen Grund: Die Deutschen sind anders als die Syrer – ehrlich, hilfsbereit, pünktlich, aber auch sehr zurückhaltend. Wenn man allein in ein Café geht, kann man sich auch nicht einfach zu anderen Leuten an den Tisch setzen, selbst wenn da

noch viele Plätze frei sind. Unvorstellbar in Syrien! Hier scheint es, als habe man regelrecht Angst, Leute kennenzulernen. Dabei bin ich ja nicht nach Deutschland gekommen, um fast nur mit Syrern und anderen Ausländern Kontakt zu haben. Doch so ist es – sie alle machen die gleichen Erfahrungen und bleiben lieber unter sich.

Vielleicht liegt das auch daran, dass es in Deutschland viele Vorurteile gegenüber Arabern gibt. Ich werde zum Beispiel ständig gefragt, kaum dass klar ist, dass ich Syrer bin und Moslem: Was denkst du über die Rechte von Frauen? Was hältst du vom Islam, was von den Juden? Am Anfang habe ich mich damit auseinandergesetzt und mit den Leuten geredet. Inzwischen habe ich darauf keine Lust mehr.

Doch trotz dieser für mich persönlich manchmal negativen Erfahrungen – insgesamt ist die Europäische Union für viele arabische Staaten ein Vorbild. Denn Europa hat gezeigt, dass es möglich ist, verschiedene Kulturen, Sprachen und Mentalitäten unter einem Dach zusammenzubringen, sie politisch und wirtschaftlich zu einen. Das hat bei vielen Menschen im Nahen Osten die Hoffnung geweckt, dass eine engere Kooperation der arabischen Staaten ebenfalls möglich ist. Es gibt nicht wenige, die denken: Europa hat es geschafft, also können wir es auch schaffen.

Länderinfo Syrien

Lage: Vorderasien, mit Grenzen zu Türkei, Irak, Israel und Libanon

Hauptstadt: Damaskus

Bevölkerung: 18,4 Mio. Einwohner, überwiegend Araber, ethnische Minderheiten: Kurden, Armenier, Turkmenen, Tscherkessen, Iraker

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf: rund 1.000 US-Dollar (2004)

Staatsform: sozialistisch-volksdemokratischer Staat, Präsidentschaftsregime

„Überall spürt man die alte Kultur“

Lei Zhu, 24 Jahre, kommt aus Jinan im Westen Chinas und arbeitet in seiner Heimat als Qualitätskontrolleur bei Siemens. 2005 wurde er von seinem Arbeitgeber für zwei Jahre zum Studium nach Deutschland geschickt, auf die Siemens-Technikakademie in Berlin. In sechs Monaten wird er die Ausbildung beenden und zurück in seine Heimat gehen.

Über Europa hatte ich, bevor ich mein Studium in Deutschland begann, nur etwas im Fernsehen gesehen oder in den Zeitungen gelesen. Ich habe nie geglaubt, dass ich tatsächlich einmal hierher kommen würde. Europa ist von China ja sehr weit entfernt, nur wenige Menschen in meiner Heimat können es einfach besuchen. In meiner Familie bin ich der einzige und das macht mich sehr stolz.

Meinen Eltern schicke ich regelmäßig Postkarten. Aus Prag, Amsterdam oder Berlin. Allerdings machen sie sich große Sorgen um mich, denn das Land, in dem ihr Sohn jetzt lebt, ist ihnen sehr fremd. Als ich vor 18 Monaten herkam, war ich selbst überrascht: Es ist ganz anders, als ich es mir vorgestellt hatte. Ich habe vorher immer gedacht, ganz Europa sei so wie Deutschland oder Italien. Über diese Länder hatte ich viel gehört. Doch in den letzten Monaten bin ich oft gereist, habe Urlaub gemacht in den Niederlanden, in Tschechien und der Schweiz. Bei diesen Reisen habe ich festgestellt: Das sieht ja überall ganz anders aus! In der Schweiz gibt es wunderschöne hohe Berge, aber alles ist unglaublich teuer – anders als zum Beispiel in Berlin. In Amsterdam gibt es überall Flüsse mitten in der Stadt, und man sieht so viele Fahrräder! Das hat mich sehr an zu Hause erinnert, denn in China haben nur wenige Menschen ein

Auto und fahren daher oft mit dem Rad.

In meiner Heimat gibt es allerdings nicht so viele schöne alte Gebäude und nicht so viele Sehenswürdigkeiten wie hier. Eher moderne Bauten und Hochhäuser. Das ist das Faszinierende: Europa hat eine sehr alte Kultur, das sieht und spürt man überall.

Wenn man die Menschen in China fragen würde „Wohin in der Welt würdest du am liebsten gehen?“, würden die meisten deshalb antworten: nach Europa. Genau wegen dieser langen Geschichte und der Kultur. Klar gibt es da noch die USA, aber dorthin würden



Länderinfo China

Lage: Ostasien

Hauptstadt: Peking (Beijing)

Bevölkerung: nach offizielle Angaben 1,3 Mrd. Einwohner (2005), davon rund 92 Prozent Han-Chinesen sowie 55 Minoritätengruppen

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf: 1.715,40 US-Dollar (2005)

Staatsform: sozialistische Volksrepublik

viele nur gehen, um zu arbeiten und Geld zu verdienen. Wenn es ums Reisen geht und um den besten Ort zum Leben, wollen sie alle hierher kommen.

Europa wird in China auch nicht als Konkurrent gesehen. Beide sind ja wirtschaftlich stark und China ist ein großer Markt für Firmen aus aller Welt, auch für die europäischen. Ich finde, das ist für beide Seiten gut – für China genauso wie für Europa. So denken bei uns viele: China braucht Europa und Europa braucht China. Das ist einfach so.



„Hier sind alle so reich“

Celine Isaac, 23 Jahre, kommt aus Liberia, lebte später auch an der Elfenbeinküste und in Nigeria. Vor drei Jahren kam sie, hochschwanger, mit einem Touristenvisum nach Deutschland. Als sie ihren Pass verlor, kehrte sie nicht in ihre Heimat zurück. Eine Härtefallkommission prüft derzeit, ob sie in Deutschland bleiben darf. Sie lebt mit ihrem kleinen Sohn in Berlin.

Von Europa habe ich schon als Kind gehört. Ich habe viele Afrikaner getroffen, die in Europa lebten und manchmal ihre Familien zu Hause in Afrika besuchten. Die haben erzählt, wie es dort ist, dass sie arbeiten gehen und Geld verdienen können, Geld, mit dem sie ihre Familien in Afrika unterstützen. Auch mein Onkel hat zehn Jahre lang in Europa gelebt, er war bei der Marine und ist als alter Mann wieder in seine Heimat zurückgekehrt. Er hatte plötzlich ein eigenes Auto und ein Haus und war sehr reich. Ich habe dann gedacht, was alle bei uns denken: dass in Europa alles viel besser ist, dass man dort viel besser leben kann.

Vor drei Jahren lernte ich in Lagos einen deutschen Mann kennen, der mich mit falschen Versprechungen nach Deutschland lockte. Ich war schwanger damals. Als wir in Deutschland ankamen, wollte er, dass ich für ihn arbeite. Da habe ich ihn verlassen.

Heute lebe ich in Berlin, aber ich weiß noch nicht, ob ich in Deutschland bleiben darf. Bis es entschieden ist, zahlt mir das Sozialamt die Miete für meine kleine Wohnung, und mein Sohn kann in den Kindergarten gehen. Arbeiten darf ich nicht, dafür habe ich keine Genehmigung. Doch ich würde so gern hier bleiben. Hier ist tatsächlich alles

tausendprozentig besser als da, wo ich herkomme. Es gibt überall Wasser und Elektrizität, die Menschen haben Licht in ihren Wohnungen und Wasserhähne, und die Häuser sind sehr schön. In Afrika gibt es Strom nur in den Großstädten, und Wasser haben wir jeden Tag aus der Quelle geholt. Um am offenen Feuer kochen zu können, mussten wir stundenlang nach Gas anstehen und warten. Mit meinen Brüdern und meiner Großmutter bin ich von Land zu Land gezogen, um überhaupt überleben zu können. Erst Elfenbeinküste, später Nigeria, überall dorthin, wo wir glaubten, dass es etwas Arbeit gibt. Wer in Afrika nicht arbeitet und nicht ständig versucht, Geld zu verdienen, der verhungert. Es ist ein ständiger Kampf ums Überleben.

Und hier in Europa? Hier sind die Menschen so reich. Sie haben neben ihrer Arbeit sogar Zeit, mit ihren Hunden spazieren zu gehen – das ist in Afrika unvorstellbar und für mich noch immer sehr ungewohnt. Hier haben mir Ärzte auch geholfen, mein Kind zur Welt zu bringen. In meiner Heimat müssen die Frauen das ganz allein machen.

Jetzt träume ich davon, noch mehr von Europa sehen zu können. Die Niederlande sollen sehr schön sein, und auch die Schweiz. Aber vor allem möchte ich studieren. Ich habe in Afrika einen Schulabschluss gemacht und mein größter Wunsch ist es nun, Anwältin zu werden. Vielleicht gibt man mir diese Chance. Ich hoffe es sehr.

Länderinfo Liberia

Lage: westafrikanische Atlantikküste (Golf von Guinea)

Hauptstadt: Monrovia

Bevölkerung: rund 3,3 Mio. Einwohner, darunter 2,5 Prozent von Afroamerikanern abstammende Bevölkerungsschicht, 16 Hauptstämme

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf: 166 US-Dollar (IWF-Schätzung 2005)

Staatsform: Präsidialdemokratie und Zweikammersystem

„Die Menschen sind hier nicht so neugierig“

Caitlin Elmore, 18 Jahre, aus Michigan in den USA kam im vergangenen Jahr über das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP), das der Bundestag und der amerikanische Kongress gemeinsam organisiert, nach Deutschland. In Berlin lebt sie bei ihrer Gastfamilie in Hellersdorf und besucht die 11. Klasse eines Gymnasiums. Im Juli kehrt sie in ihre Heimatstadt Traverse City zurück.

Von Europa habe ich noch nicht viel gesehen. Bisher war ich nur hier in Berlin. Allerdings habe ich schon viele Europäer getroffen, bei mir zu Hause in den USA. Viele von ihnen kommen als Austauschschüler für ein Jahr zu uns in die Schule. Bei denen habe ich immer gedacht: Die sind eigentlich wie wir Amerikaner. Aber jetzt, wo ich hier bin, merke ich schon, dass es eine andere Kultur gibt. Beim Essen zum Beispiel. Da gibt es solche Dinge wie „Abendbrot“ – Brot, Wurst und Käse, jeden Abend. Das scheint etwas sehr Typisches zu sein, zumindest für Deutschland.

Bei meinen Fahrten durch Berlin habe ich außerdem bemerkt, dass es im Ostteil viel mehr Baustellen gibt. Überall wird gebaut! Im Westen sind die Häuser dagegen eher größer, manchmal ein bisschen schicker, und es scheint mehr Leute zu geben, die wohlhabend sind. Trotzdem bin ich erstaunt: In der Schule haben wir die deutsche Geschichte behandelt, man hat uns erzählt vom Mauerbau, von der Teilung der Stadt und davon, dass die Menschen im Osten Deutschlands früher viel ärmer waren. Aber eigentlich habe ich den Eindruck, dass es jetzt keine richtig großen Unterschiede zwischen Ost und West mehr gibt.

Was mir negativ aufgefallen ist, als ich ankam, war die Mentalität der Leute. In Michigan sind die Menschen sehr neugierig, wenn ein Tourist, ein Frem-

der zu uns kommt. Sie fragen dann: Woher kommst du? Was machst du hier? Schön, dass du da bist! Hier gucken einen viele erst mal schief an, so richtig Interesse zeigt kaum jemand. Zumindest war das in meiner Klasse am Anfang so.

Es scheint ja auch viele Menschen zu geben, die Vorurteile gegenüber Amerika und den Amerikanern haben. Ich habe Verschiedenes gehört: dass die Menschen keine besonders hohe Meinung über den amerikanischen Präsidenten George W. Bush haben und dass

viele denken, Amerikaner seien dumm, verschwenderisch und fett. Da habe ich wohl in den Monaten hier viel zu tun, um das Gegenteil zu beweisen!

Umgekehrt mögen die Amerikaner Europa sehr gerne. Viele Familien in den USA haben europäische Vorfahren, so wie ich: Die Familie meiner Mutter kommt ursprünglich aus England, die meines Vaters aus Deutschland. Deshalb, aber auch wegen der alten Städte und der Kultur, möchten alle Amerikaner wenigstens einmal im Leben nach Europa reisen. Sie finden es faszinierend, weil es so vielseitig ist und man ganz leicht von einem Land zum anderen reisen kann – es gibt ja keine Grenzen zwischen ihnen! Europa ist wirklich das ideale Reiseland: ein kleiner Kontinent, aber so viele verschiedene Kulturen, die man sich ansehen kann.



Länderinfo USA

Lage: nordamerikanischer Kontinent, weitere Überseegebiete

Hauptstadt: Washington, D.C.

Bevölkerung: rund 292 Mio. Einwohner (2003), darunter rund 34,7 Mio. Afroamerikaner, 35,7 Mio. Amerikaner lateinamerikanischer Herkunft, 10,2 Mio. Amerikaner asiatischer Herkunft, 2,5 Mio. Amerikaner indianischer Herkunft

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf: 41.798 US-Dollar (2005)

Staatsform: präsidiale Republik mit balancierter Gewaltenteilung

Informationen und Angebote

Der Bundestag und Europa

Hier gibt es Arbeit

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

In den 22 ständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages wird die eigentliche Arbeit an Gesetzesvorhaben geleistet. Hier wird ausführlich beraten, es werden Experten angehört und Änderungen empfohlen. Für die Angelegenheiten der Europäischen Union gibt es einen eigenen Ausschuss, der sogar im Grundgesetz vorgeschrieben ist (Artikel 45). Er muss daher in jeder Wahlperiode eingerichtet werden. Der Europaausschuss hat aber nicht nur deswegen eine Sonderrolle im Parlament. Als Querschnittsausschuss befasst er sich mit europäischen Vorhaben, die mehrere andere Politikfelder (etwa Gesund-

heit, Umwelt oder Arbeit) vereinen oder übergreifenden Charakter haben. Er ist zuständig für alle Grundsatzfragen der europäischen Integration. Etwa wenn es um die Änderung der Grundlagenverträge oder die Erweiterung der EU geht.

Laut Artikel 23 des Grundgesetzes entscheiden die Bundesregierung und der Bundestag gemeinsam über die Europapolitik. Sowohl im Vorfeld von EU-Gesetzesvorhaben als auch bei deren Umsetzung ist der Bundestag aktiv beteiligt. Das zentrale Gremium für die Mitwirkung des Parlaments ist der Europaausschuss. Seine Tätigkeit wird von der Kontrolle der Bundesregierung in den Angelegenheiten der EU bestimmt. Die

Regierung ist verpflichtet, den Bundestag umfassend und so früh wie möglich über alle Vorhaben im Rahmen der EU zu unterrichten, die für Deutschland von Interesse sein könnten.

Wie der Europaausschuss arbeitet, kann man sich sogar ansehen: In der Regel tagt der Europaausschuss wie alle Ausschüsse des Bundestages nichtöffentlich. Aber es werden auch Sitzungen und öffentliche Anhörungen durchgeführt, die nach Voranmeldung beim Ausschussekreteriat je nach Verfügbarkeit der Plätze von allen Bürgerinnen und Bürgern besucht werden können. Über öffentliche Termine informiert die Website des Deutschen Bundestages.

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Vorsitzender:

Matthias Wissmann (CDU/CSU)

Stellv. Vorsitzender:

Kurt Bodewig (SPD)

Der Ausschuss hat 33 Mitglieder. CDU/CSU: 12, SPD: 12, FDP: 3, Die Linke.: 3, Bündnis 90/Die Grünen: 3. Hinzu kommen 16 mitwirkungsberech-

tigte deutsche Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Kontakt Ausschussekreteriat:

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (0 30) 2 27-3 48 96 oder -3 56 53

Fax: (0 30) 2 27-3 00 14 oder -3 01 71

E-Mail: europaausschuss@

bundestag.de

www.bundestag.de/ausschuesse/a21

Gut Vernetzt

Das Brüsseler Verbindungsbüro des Deutschen Bundestages

In unmittelbarer Nähe zum Sitz des Europäischen Parlaments in Brüssel befindet sich seit Anfang 2007 das Verbindungsbüro des Deutschen Bundestages. Die wichtigste Aufgabe des Verbindungsbüros ist die Beobachtung der Politik auf europäischer Ebene und die „Frühwarnung“ bei absehbaren Entwicklungen und Entscheidungen. Nur wenn europapolitische Entwicklungen frühzeitig erkannt, verfolgt und ausgewertet werden, kann der Bundestag

rechtzeitig seine Mitwirkungs- und Kontrollrechte bei der europäischen Gesetzgebung gegenüber der Bundesregierung wahrnehmen. Das Verbindungsbüro in Brüssel schafft durch Präsenz vor Ort ein dichtes Informationsnetz und informiert die Abgeordneten, Fraktionen und Ausschüsse des Bundestages über Beratungen und Arbeitsergebnisse der EU-Institutionen, Gesetzesvorhaben und Entscheidungen, Veranstaltungen und Tagungen.

Kontakt:

Square de Meeûs 40

B-1000 Brüssel

Tel.: (00 32) 2 50 44 385

Fax: (00 32) 2 50 44 398

E-Mail:

verbindungsbuero-bruessel@

bundestag.de



www.bundestag.de

Deutscher Bundestag online

Hier findest du alles über den Bundestag, seine Abgeordneten und Gremien. Zum Thema Europa und Europäische Union gibt es eine Reihe von Informationsangeboten und anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft eine Sonderrubrik mit gebündelten Infos rund um Europa.

Bundestag und Europäische Union

Ausführliche Informationen über Mitwirkungsrechte, Europa in den Ausschüssen, zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft und vieles mehr.

www.bundestag.de/internat/europa

Internationale Beziehungen

Wissenswertes über die Parlamentariergruppen des Bundestages in der 16. Wahlperiode.

www.bundestag.de/internat/int_bez

Interparlamentarische Organisationen

Alles über die „parlamentarische Außenpolitik“, die verschiedenen Parlama-

rischen Versammlungen und die Delegationen des Bundestages.

www.bundestag.de/internat/interparl_orga

Internationale Austauschprogramme

Informationen über Ziele, Inhalte und Teilnahmebedingungen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) und des Internationalen Parlaments-Stipendiums (IPS).

www.bundestag.de/jugend/ausprog

Terminologiedatenbank online

Parlamentarische und politische Begriffe und Ausdrücke in englischer und französischer Sprache.

<http://tms.bundestag.de>

Analysen und Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste

Fachinformationen zu allen Politikfeldern, darunter die Veröffentlichungsreihe „Europa-Thema“.

www.bundestag.de/bic/analysen



Infomaterial

Broschüren und CD-ROMs des Bundestages

Du möchtest mehr über Europa, die Europäische Union und die internationalen Beziehungen des Deutschen Bundestages erfahren? Publikationen und CD-ROMs zur Arbeit des Deutschen Bundestages werden vom Referat für Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Broschüre **Bundestag und Europa** stellt dar, wie Bundestag und EU zusammenarbeiten, und gibt viele Infor-

mationen zu parlamentarischer Praxis, Geschichte, EU-Institutionen und europäischer Integration in Texten und Schaubildern. Die Broschüre **Internationale Beziehungen** zeigt, wie der Bundestag und seine Abgeordneten weltweit mit den Parlamenten anderer Länder und ihren Mitgliedern zusammenarbeitet.

– Öffentlichkeitsarbeit –

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin.

Tel.: (0 30) 2 27-3 20 72 und
-3 53 90

Fax: (0 30) 2 27-3 62 00

E-Mail: infomaterial@bundestag.de

Download und Onlinebestellung sind möglich unter:

www.bundestag.de/interakt

Dort findest du eine aktuelle Übersicht aller Informationen (Broschüren, CD-ROMs etc.)



Mitmischen.de

Das Jugendforum des Deutschen Bundestages

Dein Medium für Diskussion und Information rund um Politik und Parlament: Mitmischen.de ist das Jugendforum des Deutschen Bundestages im Netz. Hier bist du nicht allein: Rund 5.800 Jugendliche und zurzeit 95 Bundestagsabgeordnete gehören zur Community. Mit ihnen kannst du dich im Forum austauschen und im Chat streiten, denn deine Meinung ist gefragt. In der Rubrik „Wissen“ verschaffst du dir den Überblick: Plenum, Fraktionen, Ausschüsse – was dort passiert, erfährst du hier. Nachrichten aus dem Bundestag und aus der Welt findest du unter „Informieren“. Dort weist die Redaktion auch auf Veranstaltungen und Wettbewerbe hin und versorgt dich mit einer Presseschau zum Thema des Monats. Welches das ist, bestimmen die User immer selbst. Unter den aktivsten Mitgliedern der Community verlost www.mitmischen.de jeden Monat eine dreitägige Reise nach Berlin. Wer viel zu sagen hat, kann schon mal Koffer packen ...

www.mitmischen.de

mitmischen.de
DAS JUGENDFORUM DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

»Warum kann der Bundestag die meisten EU-Vorlagen problemlos verwandeln?«

Hier bist du gefragt: Bei mitmischen.de chattest du mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages, diskutierst mit vielen Gleichaltrigen und kannst zu brennenden Problemen selbst abstimmen. Außerdem gibt's hier jede Menge News und Hintergründe zu aktuellen politischen Themen. Und natürlich die mitmischen-Community: mit einer wachsenden Anzahl Abgeordneter – garantiert ohne Blabla. Denn hier geht es um deine Meinung, deine Ideen und deine Anregungen. Kurz: um dein Mitmischen. www.mitmischen.de



Thema Europa
Ende März 2007

- Dein direkter Draht zu den Abgeordneten in Chats und Foren
- Information und Diskussion über Politik und Parlament
- Eine aktive Community, die ihre Themen selbst setzt

Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag

Chefredaktion: N.N.
Deutscher Bundestag
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
www.bundestag.de
www.glasklar-bundestag.de

Koordination: Michael Reinold
(Referat Öffentlichkeitsarbeit)
michael.reinold@bundestag.de

Redaktion: Klemens Vogel, Petra Grampe

Gestaltung: Anne Voigt

Lektorat: Katleen Krause

Texte: Nicole Alexander, Birte Betzendahl,
Petra Grampe, Lydia Harder,
Sandra Schmid, Johanna Metz

Illustrationen: Martin Haussmann,
www.haussmann-illu.de

Beauftragte Agentur:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Tel.: (0 30) 6 50 00-220
Fax: (0 30) 6 50 00-192
blickpunkt@media-consulta.com

Druck: Koelblin Fortuna, Baden-Baden

Redaktionsschluss: 28. Februar 2007

Glasklar erscheint auch online unter
www.glasklar-bundestag.de

Titelbild: Aufgenommen in der Freizeitwelt Tropical Islands in Krausnick/Brandenburg mit freundlicher Unterstützung der Tropical Island Management GmbH.

Bildnachweis:

Gesa Berg: S. 12 (rechts oben); Corbis: Titel (links unten), U2 (2. von oben), S. 10–11; Deutscher Bundestag: S. 12 (unten), 13 (unten), 14 (unten), 15 (unten), 16 (unten), 18 (unten), 40 (oben); Europäisches Parlament: S. 19; Georg Helms: S. 13 (rechts oben); Anke Jacob: Titel (oben, rechts un-

ten), U2 (unten), S. 1 (unten), 2–3, 15 (links oben), 23–27, 36 (unten), 37, 38 (Mitte, unten), 39; Mauritius: S.1 (oben), 13 (links oben), 16 (links oben), 17 (oben), 36 (oben), 38 (oben); Anika Möllerhenn: S. 16 (rechts oben); Photothek: Titel (Mitte unten), S. 30–34; Picture-Alliance: U2 (oben), S. 4–8, 9 (oben), 15 (rechts oben), 14 (rechts oben), 17 (unten), 18 (oben), 40 (unten); Pixelquelle: S. 22 (Europa/Stier); Reuters: S. 10; Annette Rief: S. 14 (links oben), Tapio Schrey: S. 12 (links oben); studio kohlmeier: S. 22 (Flaggen)

© Deutscher Bundestag, Berlin 2007
Alle Rechte vorbehalten.

Die Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.